

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Rente Straußenstr. 2/6, und durch Kolporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, post ins Haus M. 2.92, wo keine Post am Orte, M. 3.24.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Einzelnummern 10 Pf. für die empfangene Kolportage oder deren Raum 20 Pf. Zusätzliche Lieferungen 40 Pf. Doppelhefte unter Zug 1 M. 1.50. Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pf. Anzeigen 25 Pf. Besondere Veranlassungen 15 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon  
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon  
Expedition 1206.

Nr. 154.

Breslau, Freitag, den 4. Juli 1913.

24. Jahrgang.

## Die Initiative des Reichstags.

Wie schwach der Reichstag ist, wenn die bürgerlichen Parteien versagen, und wie stark er ist, wenn seine Mehrheit es will, das hat uns die verfloßene Tagungsperiode klar gezeigt. Widerstandslos sind die Bürgerlichen noch nie vor dem Militarismus ins Anie gestanden als diesmal. Und doch hat die sozialdemokratische Taktik diese seltenen Bürgerlichen noch im letzten Augenblick gezwungen, dem Militarismus ein wertvolles Zugeständnis auf dem Gebiet des Strafrechts abzurufen. Ein Gesetz soll gemacht werden auf sozialdemokratisches Kommando, Magie am Sonntag die „Kriegszeit“. Aber am Montag war das Gesetz auch die Konservativen stimmten dafür, und der Reichstanzler gab ihm seinen Segen — „auf sozialdemokratisches Kommando“.

„Die Art wird an die Wurzel der militärischen Disziplin gelegt“, so hörte man auf der Rechten murmeln und raunen, aber unter dem Druck der Situation wagte niemand, diesem Gedanken öffentlich Ausdruck zu geben. Der Kriegsminister brauchte hundert Ausflüchte, und den Sonntag über wurde mit feierlichem Eifer verhandelt und instruiert, um die sozialdemokratische Aktion unschädlich zu machen. Es half nichts. Die Furcht vor der sozialdemokratischen Kritik hinderte die bürgerlichen Parteien an dieser letzten Selbstpreisgabe. Sie waren bereit, die Militärvorlage mit allen sechs Kavallerieregimentern zu schlucken, sie respektierten gehorsam den Widerwillen der Bundesfürsten gegen das Steuerzählen und verzichteten auf eine zwingende Mariellung der fürstlichen Steuerpflicht im neuen Vermögenswachstumssteuergesetz. Für all diese Laten nahmen sie die Angriffe der Sozialdemokratie geduldig hin, wohl wissend, wie berechtigt sie waren. Nun wurde ihnen aber auch noch zugemutet, die vollstündliche Forderung nach einer Vermenschlichung der Militärjustiz preiszugeben und sich mit Verprechungen zu begnügen, auf die in Deutschland mit Recht kein Mensch mehr etwas gibt. Da war nun der Punkt erreicht, an dem die Angst vor den Wählern endlich doch stärker wirkte als der Respekt vor der Uniform. Die Mehrheit blieb fest, und unter dem Eindruck des vorgehaltenen Revolvers rückte die Regierung feuchend mit dem geforderten Zugeständnis heraus. Das Parlament hat der Armee in einer wichtigen Frage sein Gesetz aufgezogen, ein Gesetz der Humanität.

Während sich so auf dem Gebiet der Militärgesetzgebung der Eigenwille des Reichstages erst im letzten Augenblicke geltend machte, hat die Volksvertretung in der Steuerfrage von vornherein die Trümpfe in ihrer Hand gehabt. Man ist es schon gewohnt, daß der Reichstag auf diesem Gebiet aus eigener Machtvollkommenheit schaltet und waltet. Von den ursprünglichen Vorlagen der Regierung bleibt da wenig übrig, sie dienen mehr als Unterlage für die Verhandlungen, auf deren Verlauf und Ergebnis sie aber einen verhältnismäßig geringen Einfluß ausüben. Auch diesmal ist nur ein Teil des Gerüßes stehen geblieben, und der Bau repräsentiert sich in seiner Vollendung ganz anders, als die Regierung sich ursprünglich gedacht hatte. Heute erklärt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß der Bundesrat bereit sei, die Beschlüsse des Reichstages zu bestätigen. Etwas anderes bleibt ihm auch nicht übrig.

Solche Erscheinungen zeigen, daß die Stellung des Reichstages stärker wird. Das Staatsrechtsgerechte, von dem in früheren Zeiten die Blätter voll waren, ist verstummt. Pläne zur Verschlechterung des Wahlrechts wagen sich kaum mehr ans Tageslicht. Der Reichstag ist nicht ohnmächtig, es sei denn durch Schuld seiner Mitglieder. Der Reichstag kann noch viel stärker werden, wenn seine Mitglieder es wollen.

Das verfassungsmäßige Recht des Reichstages in der Gesetzgebung die Initiative zu ergreifen und fertig ausgearbeitete Gesetzentwürfe dem Bundesrat zur Genehmigung zu unterbreiten, war bisher nicht viel mehr als ein Dekorationsstück. Die Initiativanträge der Parteien erschienen mehr als programmatische Bekenntnisse, denn als Versuche, wirkliche Gesetzesänderungen herbeizuführen, und erreichten in den zerfahrenen Debatten der sogenannten Schmerinstage selten das Ziel einer geschäftsordnungsmäßigen Erledigung. Eine erfreuliche Ausnahme bildet die bekannte Notreform des Zivilstrafgesetzes, die zu der eben erfolgten Notreform des Militärstrafgesetzes ein interessantes Gegenstück bildet. Rehnliche und geößere Laten vom Reichstag zu erleben, ist der Wunsch aller Leute, die meinen, daß die Volksvertretung nicht nur dazu da sei, das ihr von der Regierung aufgegebene Arbeitspensum zu erledigen. Der Reichstag von 1912 hat noch drei Arbeitsperioden vor sich. Mag er diese Zeit ausnützen, um aus Eigenem etwas Nützliches für das Volk zu schaffen! Auf den zahlreichen Gebieten der Sozialversicherung, des Arbeiterschutzes, des Mutter- und Säuglingschutzes, der Wohnungsreform, des Strafrechts, der militärischen Organisation haben seiner wichtige Aufgaben. Gelingt es dem Reichstag, einen vollständigen Gesetzentwurf aus Eigenem zu verabschieden und dem Bundesrat vorzulegen,

so wird ihm auch nicht die Macht fehlen, die Zustimmung der verbündeten Regierungen herbeizuführen. Er braucht nur mit der Ablehnung des Stats zu drohen, als Antwort auf die Nichtachtung seines gesetzgeberischen Initiativrechts, und er wird haben, was er will.

Wenn der Reichstag diesmal in der Steuerfrage und in der Frage der Militärjustiz seinen Willen durchgesetzt hat, so war es, weil sich die Regierung in einer Notlage befand. In diese Notlage kam die Regierung aber jedesmal verfehlt werden, wenn das Volk und die Mehrheit der Volksvertretung sich zu entschlossenem Reformwillen vereinigen. Der Regierung wird dann nichts anderes übrig bleiben, als dem Druck auszuweichen und nachzugeben.

Das Aktionszentrum des Reichstages befindet sich auf der äußersten Linken. Die Sozialdemokratie will, daß der Reichstag stark sei und eine schöpferische Initiative entfalte. Gehört ist das Aktionsgebiet durch die Klasseninteressen und Vorurteile der bürgerlichen Parteien ziemlich eng begrenzt, aber was innerhalb dieser Begrenzung möglich ist, soll auch getan werden. Wofür im Reichstag eine Mehrheit ist, das soll Gesetz werden. Die Furcht vor der Regierung soll aber in der Volksvertretung keine Stimme haben.

## Ob es viel hilft?

Von einem früheren Offizier wird uns geschrieben: Unsere Genossen im Reichstage haben sich rechtlich und auch mit Erfolg dahin bemüht, daß die Reichsleitung und die bürgerlichen Parteien die Bezahlung des größten Teiles der Kosten der neuen Militärvorlage nicht wieder dem Proletariat aufbürdeten. Die Tatsache, daß das Volk bei den letzten Reichstagswahlen 110 Sozialdemokraten ins Parlament schickte, hat also zweifellos auf jene Kreise, die im Reiche die Steuergesetze machen, in gutem Sinne gewirkt.

Leider aber trachten die direkten Steuern, die der Reichstag beschloß, die nichtbesitzenden Klassen noch lange nicht aus der Schußlinie, denn sehr viele Mitglieder der besitzenden Klassen können, ganz gleich ob sie einzelne Personen, oder auf den Erwerb gerichtete Vereinigungen mehrerer sind, die Steuern, die sie eigentlich selbst bezahlen sollen, auf andere abwälzen. Der Arbeiter, der vermögenslose Beamte, die vermögenslosen Witwen usw. haben keinen Prügelknaben, den sie noch mehr zu schröpfen imstande sind, wenn sie neue Steuern entrichten müssen. Anders aber liegen die Dinge bei den Hausbesitzern, Kaufleuten, Arbeitgebern, Altengesellschaftern usw. Die Hausbesitzer, die infolge der Militärvorlage zahlen müssen, werden sicher ihre Mieter steigern. Und zwar werden sie die Wohnungspreise nicht nur so viel erhöhen, daß ihre Mehrausgabe gedeckt sein wird, sondern sie werden bei dieser Gelegenheit auch noch einen hübschen Profit nehmen. Die Kaufleute werden sich durch die Vertenerung der Waren schadlos halten und dabei ebenfalls mehr nehmen, als sie dem Reiche geben müssen. Die Unternehmer und die Aktiengesellschaften werden sich gegen die Erhöhung der Löhne noch mehr sträuben als bisher, und andererseits auch ihre Preise in die Höhe schrauben. Auf die Weise wird die Arbeiterklasse einen erheblichen Teil der Kosten der neuen Heeresvorlage aufbringen müssen. Ich weiß nicht, ob Gott das Kapital lieb hat, aber das weiß ich, daß dem letzteren alles zum Guten ausschlägt, und es sich auch dann, wenn es Steuern zahlen soll, einen Profit verschafft.

Es sei hier an die Reichsfinanzreform erinnert, die die Konsumenten schwer belastete, dagegen vielen Kaufleuten, ferner den Brauereien und den Hausbesitzern den willkommenen Anlaß zum Einkeimsen eines neuen Reichtums bot.

Gegen diese Zustände gäbe es allerdings ein Heilmittel, das in dem festen Zusammenschluß aller Konsumenten und Mieter bestünde. Aber dafür fehlt leider nur zu vielen Leuten das Verständnis und die Courage.

Wenn also in einiger Zeit die Preise nochmals steigen werden, obwohl sie schon jetzt sehr hoch sind, so mache man jene dafür verantwortlich, die die Militärvorlage bewilligt haben. Sagen statt 110 Sozialdemokraten 200 im Reichstage, dann wäre auch das, was den Konsumenten jetzt droht, unmöglich, weil dann die neue Militärvorlage nicht angenommen und schon längst für eine gründliche Beschneidung des Militärbudgets gesorgt worden wäre. Dann hätte die Reichsleitung die Vorlage auch gar nicht eingebracht, denn die Vergeßlichkeit eines solchen Bemüßens wäre von vornherein außer Zweifel gewesen.

Auch hier ergibt sich wieder die Lehre, daß die Leute, die keine Kapitalisten sind — und sie stellen eine erhebliche Mehrheit vor — sich selbst haben, wenn sie einen bürgerlichen Abgeordneten in den Reichstag schicken. Ihr eigenes Interesse wahren sie am besten durch die Wahl eines Sozialdemokraten!

## Politische Uebersicht.

### Trübe Tage.

Die Konservativen fühlen sich nicht wohl in ihrer Haut und sie schauen recht schwarz in die Zukunft. Allenfallsen verlieren sie an Boden, sie sehen sich in die Verteidigungsstellung gedrängt und sie können es nicht verhindern, daß Ideen triumphierten, die ihnen verhaßt sind wie die Sünde. So herrschte denn auch auf ihrem Provinzialkongress in Pommern einzigsparteilig, der am Sonntag in Kolberg versammelt war, eine recht gedrückte Stimmung und ein Nebner nach dem anderen stimmte sein Klage lied an. Natürlich machte man auch hier vor allem seinem Schmerz über das Vordringen des „demokratischen“ Reichsgedankens Luft und Herr v. Kleist-Wasselen erinnerte mit seiner Rede stark an die ablehnende Haltung, die die preussischen Konservativen Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts gegen die Bismarcksche Reichsgründung eingenommen haben.

Unter der schwarz-weiß-roten Fahne ist Preußen in ein Jahrausgerathen geführt worden, das uns Preußen nicht recht gefällt. Wir sind in der Ehe, die wir mit den übrigen Bundesstaaten eingegangen haben, zu kurz gekommen, da die Lasten des Staates auf Preußens Schultern in erster Linie liegen. All unser Bestes haben wir an das Reich hingegeben, jetzt aber müssen wir uns gestehen, daß wir den Ehevertrag etwas leichtsinnig eingegangen sind. Wir haben unser festes Staatsgebäude an die demokratischen Einrichtungen des Reiches ausgeliefert. Offen erheben sich heute die Forderungen der Demokratie nach der Republik. Unsere Pflicht ist es daher, die in Preußen noch fest stehenden Stücken des Staates, die wir im Landtage und in dem unerklärlichen Geiste unseres Heeres besitzen, mit allen Kräften festzuhalten.

Ein anderer Nebner gab dem Mißtrauen gegen die Regierung Ausdruck, die die Verteilung der heiligsten Güter den Konservativen allein überlasse, und wie immer, wenn die Junker mit ihrem Latein zu Ende sind, machte man schließlich die Juden für die ganze Misere verantwortlich. Den Harmlosen, meinte Herr v. Herzberg-Kolzin, müsse es in Stauen setzen, daß heute Großkapitalismus und Sozialdemokratie zusammengingen. Warum läten sie es? Weil beide unter jüdischer Führung ständen.

Und dann ging er gegen den Freisinn los, der heute einem echten und wahren Konservativen noch verhaßt ist, als die Sozialdemokratie. Der Freisinn müsse grundsätzlich bekämpft werden und das „Berliner Tageblatt“ sei schlimmer als der „Vorwärts“.

Kurzum, man war sehr niedergeschlagen, und weder der Mittelsändler Sammer noch Herr Walz vom Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverband, der die kluge Hauptangabe aufstellte, der konservative Gedanke habe unter den Angestellten festen Fuß gefaßt, vermochten die Stimmung zu beleben. Wie soll es erst werden, wenn, wie wir hoffen, nun auch noch Salzweil und Rauch-Weiliger der Rechten verloren gehen.

### Zentrumsnöte.

Das Zentrum will als politische Partei ein Welt sein, in welchem sich alle Bevölkerungsschichten wohl fühlen sollen. Dabei wird das Zentrum sorgfältig in Widersprüche verwickelt und keine Veröferungsschicht kann zufriedengestellt werden. Wir konnten vor einigen Tagen berichten, daß die westdeutschen Bauernvereine, die sich dem Zentrum verpflichtet haben, revoltierten, so daß führende Zentrumsblätter sich gezwungen sahen, ihnen mit scharfem Geschnitz entgegenzutreten. Am Sonntag beschäftigte sich nun in Saarbrücken der Verband der Windthorst-Bünde mit der Mittelhandspolizei des Zentrums. Aus dem Referat Dr. Hilles aus München ist zu ersehen, daß auch die Mittelstandsverbände, die im Zentrum organisiert sind, nicht zufriedengestellt werden. Der Referent klagte, daß in letzter Zeit manche Mittelstandsorganisation in ihren Forderungen so weit gehe, daß die Zentrumsfraktion nicht mehr folgen könne. Demgegenüber erklärte Dr. Hille nach einem Bericht der „Märk. Volkszt.“ unter anderem:

„Die Organisationen des Mittelstandes übersehen die Veränderungen, die im Wirtschaftsleben vor sich gegangen sind, sie machen einerseits die Gewerbesfreiheit für alle Schäden verantwortlich und haben vielfach eine durchaus falsche Auffassung von dem Verhältnis zwischen Staats- und Selbsthilfe. Es kommt nicht ausbleiben, daß die Gegensätze zwischen den Organisationen des Mittelstandes und denen der anderen Gewerbestände die Gefahr politischer Differenzen mit sich bringen. Man plant sogar, mit dem wirtschaftlichen Gegner nicht mehr in der gleichen politischen Partei zusammenarbeiten zu können. Die Spannung müssen die Windthorst-Bünde entgegenarbeiten! Sie müssen der Ueberzeugung zum Durchbruch verhelfen, daß ein Stand nicht einseitig mit Ausnahmegelehen und Gefühlsmomenten arbeiten darf, daß die Staatshilfe nur als Ergänzung der Selbsthilfe aufgefacht werden kann.“

Der Nebner glikt schließlich über dieses heikle Thema hinweg und wendet die zentrumsfreundlichen Mittelstands- und Angehörten-Vereinigungen auf ihre eigentliche Aufgabe der Reaktion eine Gasse zu bahnen:

Die Windthorst-Bünde werden nun zu der Draufschonung keine Stellung nehmen können, aber Klaffende Draufschonungen können sie abweisen wie eine Wandlung der katholisch-launmännlichen Vereine als Landesvereine ist selbstverständlich ersichtl. Die Windthorst-Bünde werden den radikalen Strömungen in der Draufschonung entgegen-



gegenarbeiten, sollen nicht zuletzt die großen Verdienste des Zentrums um den Mittelstand hervorheben.

In der Debatte wurde von Dr. Müsen (Essen) hervorgehoben, daß den Mittelstandsorganisationen im allgemeinen doch nicht hat der Vorwurf gemacht werden können, sie gehen zu sehr ins Extrem. Man müsse mehr auf die Vorteile des Kleinbetriebes gegenüber dem Großbetrieb aufmerksam machen. Selbstverständlich sei die Idee einer eigenen Mittelstandspartei auf das Entscheidendste zu belämpfen. — Von anderer Seite wurde insbesondere die Notwendigkeit betont, gegen den Bund der Festbesoldeten Front zu machen. Dieser Bund sei nichts als eine Filiale des Linksliberalismus. Ein weiterer Redner war der Auffassung, daß die Zurückhaltung der Zentrumspartei gegenüber der Konsumvereinsfrage sehr verständlich sei; die Frage sei noch lange nicht geklärt. Ein anderer Redner meinte, wenn die Verdienste des Zentrums um die Privatangestellten nicht genügend bekannt seien, so trüge daran vor allem die Zentrumspresse die Schuld. Damit war die Mittelstandsfrage für die Windthorst-Bunde erledigt. Sie wird aber der Zentrumsfraktion noch manchen Kopfschmerz verursachen.

### Nachklänge zu den Wehr- und Deckungs-Vorlagen.

Die „Konservative Korrespondenz“ widmet der Erlebung der Vorlagen einen parteiunabhängigen Nachruf, der also lautet:

Die konservative Partei hat dabei, ihren Traditionen getreu, für die volle Genehmigung der geforderten Rüstung und die ungeschmälerter Ausbringung der Kosten nach Maßgabe der Regierungsvorlage gestimmt.

Weiter erhielt die Regierungsvorlage hinsichtlich der bauerlichen Ausgaben (durch Militärleistungen der Bundesstaaten) keine Mehrheit, und es scheint sicher, daß der Bundesrat sich dem Votum des Reichstages, der statt dessen eine direkte Reichsteuer auf das Vermögen, das Einkommen und die Erbschaften, die sogenannte Vermögenszuwachssteuer, verlangt, anschließen wird. Wenigstens muß man das nach der schiedlichen Haltung der Reichsregierung bei Vertretung ihrer Vorlage in der Kommission und im Plenum annehmen.

Es wird einzelnen bundesstaatlichen Regierungen, so z. B. der preussischen, ja nicht leicht sein, diese ihre den preussischen Staatsinteressen zuwiderlaufende und, wie wir annehmen dürfen, auch der Mehrheit des Landtags kaum zuzugende Forderung, seinerzeit zu rechtfertigen, doch zweifeln wir nicht, daß die Reichsleitung sich auch darüber so leicht, wie vor einigen Jahren bei der einflussbringenden Verfassungsfrage hinwegsetzen wird.

Wir trauen uns demgegenüber, daß wenigstens die deutsch-konservative Partei geschloßen diesen Standpunkt gemüßigt hat und für die volle Wahrung der bundesstaatlichen Selbstständigkeit — als eines Fundaments unseres deutschen Staatslebens — eingetreten ist.

Wir verweisen in dieser Hinsicht auf die vorzüglichen Reden der Abgeordneten Graf Schwerin und Graf Westarp, denen wir die weiteste Verbreitung im Lande wünschen.

Nichts kann wohl drastischer die voranschreitende Stellung des Bundesrats beleuchten als das begeisterte Lob der Sozialdemokratie, welche sich schon in vollem Zuge erhebt, die einzelstaatliche Selbstständigkeit zugunsten der demokratischen Konzentration des Reichstages dauernd zu untergraben und aufzuheben.

Daß dabei die konservative Fraktion nicht folgen konnte, sondern mit aller Energie Protest erheben mußte, ist klar.

Daß aber die Reichsleitung sich auf diesem Wege ohne jede eigene eigenen Willens drängen, daß sie die Grundlagen unseres Reiches ohne ernsthaften Widerstand allmählich gefährden läßt — das ist ein trauriges Zeichen dieser Zeit.

Man wird es daher im Lande der konservativen Partei danken, daß sie die Gefahr des ersten Schrittes erkannt und feste Entschlossenheit bewiesen hat.

Es ist reichlich viel Optimismus, der aus diesem Nachruf spricht und auch die Annahme, daß man es im Lande der konservativen Partei danken werde, daß sie gegen die Deckung gestimmt habe, erscheint recht wenig zureichend.

Die offizielle Freudekundgebung in der „Nordd. Allg. Ztg.“ über die Verabschiedung der Wehr- und Deckungs-

vorlagen wird von der „Kreuzzeitung“ ganz im Sinne der vorliegenden parteiunabhängigen Erklärung mit folgenden Sätzen begleitet:

„Wir bewundern die Leichtgläubigkeit, mit der sich das offizielle Organ über die „schweren Bedenken“, die vom Standpunkte der Einzelstaaten gegen das Besteuerungskompromiß bestehen, hinweggesetzt hat. Aber es ist ja leider nichts Neues mehr, daß bewährte Grundsätze ohne viel Federlesen und ohne Rücksicht auf die Konsequenzen aufgegeben werden, namentlich wenn es sich um verfassungsmäßige Rechte der Bundesstaaten handelt.“

Die Regierung macht sich aus den verfassungsmäßigen Sorgen der Konservativen allerdings nicht viel und das ärgert wohl die „Kreuzzeitung“ und die konservative Parteileitung am meisten.

Ein anderes Ergebnis hat die Verabschiedung der Wehr- und Deckungsvorlagen noch in den Erörterungen der bürgerlichen Parteien gezeitigt: einen lustigen Streit über den Anteil, den die Sozialdemokratie an der Gestaltung der Deckungsvorlagen und der schließlichsten Mehrheit hat. Es ist den bürgerlichen Parteien schließlich unangenehm, daß die Sozialdemokratie bei diesem Steuerkompromiß nicht zu entbehren war und daß sie entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Kompromisses ausgeübt hat. Das Zentrum besonders möchte allein den Triumph einheimen, nicht nur die ausschlaggebende, sondern auch die in allen Stadien maßgebende Partei gewesen zu sein. In einem Leitartikel der „Germania“ wird vom Zentrum gerühmt, daß es sich rechtzeitig von den Konservativen freigemacht, die Nationalliberalen und später auch die Fortschrittler gewonnen habe und daß dann das Zentrum mit diesen beiden Parteien zusammen das Steuerkompromiß auch durchgedrückt habe. Die Sozialdemokratie aber hätte inkonsequenter Weise für eine Deckung gestimmt, deren Voraussetzung sie in der Wehrvorlage ablehnte.

In diesem Tone bemüht sich das Zentrum fast volle drei Spalten hindurch, die unangenehme Tatsache aus der Welt zu schwindeln, daß die starke sozialdemokratische Fraktion in einer für das Volk höchwichtigen Frage die Gesetzgebung in der Richtung ihrer Ziele und Anschauungen beeinflusst hat. Es lohnt sich nicht, die jesuitische Klopffechterei zu widerlegen. Das ist aber nicht nötig, weil jedermann, der die politischen Vorgänge der letzten Monate beobachtet hat, weiß, daß ohne die Wirksamkeit der starken sozialdemokratischen Fraktion bombensicher ein Steuerbillet nach den Wünschen des schwarz-blauen Links gekommen wäre. Das Zentrum hat sich nicht leicht und wegen materieller Differenzen von den Konservativen getrennt; in seiner Gegnerschaft gegen eine kräftige Erbschaftsteuer, gegen direkte Reichsvermögens- und Einkommensteuern, gegen eine starke Belastung besonders des agrarischen Besitzes sind Konservativen und Zentrum absolut einig. Wenn das Zentrum sich schließlich von den Konservativen trennte und ein Teil der Steuerforderungen der linken Reichstagsmehrheit aufgriff und zum Mittelpunkt des Kompromisses machte, so geschah es nur, um auf diese Weise einer gemeinsamen Niederlage mit den Konservativen zu entgehen und um sich der Regierung als in jeder Lage regierungsfähige und bewilligungstüchtige Partei zu erweisen. Dieser Zweck ist freilich erreicht. Der Freikonservative Octavio v. Sebelitz bestätigt dem Zentrum in der „Post“ ausdrücklich, daß es die Machtstellung der früheren Zeit in vollem Umfange wiedererlangt habe. Allerdings muß hinzugefügt werden — was Zentrum und Freikonservative natürlich bestreiten werden —, daß für die „ausschlaggebende“ Stellung des Zentrums die Beschränkung besteht, daß sie sich nicht gegen allgemeine Forderungen der Linken richtet. Sofern Fragen auf dem Spiele stehen, in denen Sozialdemokratie und bürgerliche Linke einig sind, hört sofort die Machtstellung des Zentrums auf. Es kann wohl eine Mehrheit mit der bürgerlichen Linken und der Sozialdemokratie, aber nicht gegen bürgerliche Linke und Sozialdemokratie bilden.

### Von den Selben.

Auf der Tagung der Selben zu Augsburg hat es einige nicht uninteressante Auseinandersetzungen über das taktische Verhalten des „Bundes deutscher Wertvereine“ gegeben. Zunächst wurde von dem Unterführungsvorstand der Siemenswerke zu Charlottenburg gefordert, daß dem § 1 der Satzungen folgender Zusatz gegeben werde:

Bei politischen Wahlen muß die einmalige Stellungnahme zugunsten des einen oder anderen Kandidaten den einzelnen Vereinen überlassen werden, ausgeschlossen bleibt eine Stellungnahme zugunsten der Sozialdemokratie. Andererseits darf der Vorstand oder die Delegiertenversammlung bei politischen Wahlen in irgend einer Weise eine bestimmte Richtung nicht vorschreiben, damit ein Festlegen der einzelnen Vereine vermieden wird. Wohl aber verlangen wir ein entschiedenes Verbot des nationalen Gedankens. Aus einer Betätigung bei politischen Wahlen darf keinem Wertvereinsmitglied ein Nachteil in bezug auf seine Vereinsrechte erwachsen.

Mit Ausnahme des letzten Satzes ist dieser Antrag angenommen worden, und damit haben die Wertvereine offen den Standpunkt der parteipolitischen Neutralität, auf dessen Festhaltung sie bisher noch einen gewissen Wert legten, aufgegeben. Sie lassen sich vom Kapital als Sturmbock gegen die Sozialdemokratie benutzen.

Wahrscheinlich um den schlechten Eindruck wieder etwas zu verwischen, stellte ebenfalls die Organisation der Siemenswerke den Antrag, dem § 2 der Satzungen einen Zusatz zu geben, nach dem Vereine, die in irgend einer Form auf das Streikrecht verzichteten, nicht in den Bund deutscher Wertvereine aufgenommen werden sollten, und in der Debatte warf einer der Berliner Delegierten die Frage auf: „Was sollen wir tun, wenn ein Arbeitgeber uns unsere gerechten Forderungen verweigert? Sollen wir dann einfach zu Kreuze kriechen?“ Der Kongress antwortete Ja, denn er lehnte mit großer Mehrheit den Berliner Antrag ab. Wertvereine, die nicht grundsätzlich auf ihr Streikrecht Verzicht leisten, verlieren jedes Interesse für das Unternehmertum und haben keinen Boden mehr unter den Füßen.

### Das Reichsarchiv.

Eine Korrespondenz berichtet bürgerlichen Vätern: „Der nächste Reichsetat für 1914 wird nach einer Vereinbarung zwischen dem Reichsfinanzamt, dem Reichamt des Innern und dem preussischen Finanzministerium eine erste Rate für die Baukosten eines Reichsarchivs und einen Beitrag für den Wert des Grund und Bodens zur Verfügung stellen. Das Deutsche Reich besitzt bisher ein Archiv nicht. Da sich aber für Preußen die Notwendigkeit eines Neubaus für das Geheimne Staatsarchiv herausgestellt hat, so soll gleichzeitig mit diesem Neubau auch ein räumlich getrenntes und selbständig erweitertes Reichsarchiv errichtet werden, und zwar auf dem Grundstück des alten Botanischen Gartens an der Ecke der Brunnenstraße und Gleditschstraße. Der Bau des Archivs soll im Jahre 1917 vollendet sein. Gegenwärtig schweben noch Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen über den Bauplan und eine Vereinbarung über den Raumbedarf des Reiches, der zunächst nur schätzungsweise festgestellt werden kann. Auf Anregungen in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses haben auch Verhandlungen mit den militärischen Behörden stattgefunden über die Schaffung eines allgemeinen Kriegsarchivs, das ebenfalls dem preussischen Staats- und dem Reichsarchiv angegliedert werden soll. Die Verhandlungen haben jedoch zu keinem Ergebnis geführt, da sich zwar der Generalstab mit der Gründung eines militärischen Archivs einverstanden erklärte, das Kriegsministerium sich aber gegen den Plan grundsätzlich ablehnend verhielt. Der Bau des neuen, gemeinsamen Archivs für Reich und Preußen muß im Jahre 1917 vollendet sein, weil die preussische Regierung das Grundstück des jetzigen Archivs bereits verkauft hat und die Ubergabe am 2. Januar 1918 erfolgen muß.“

### Keine mildernden Umstände für Sozialdemokraten.

In der letzten Sitzung des Reichstags vor seiner Vertagung wurde im Hinblick auf das suchbare Erfurter Buchhauurteil fast einstimmig eine Milderung des Militärstrafgesetzbuchs für gewisse Straftaten gefordert. Nur wenige konservative Stimmen erhoben sich bei der ersten Lesung dieses Antrages gegen ihn, und kein Abgeordneter hatte gegen die sofortige

### Erweck.

Ein Roman aus dem Proletariatleben von A. G. T. (Nachdruck verboten.)

Auch die beiden anderen Frauen erheben sich. „Die Gendarmen werden wohl nun ausgelobt haben, so daß man sich wieder auf die Straße wagen kann“, sagt Frau Schneider. „Also, nicht verzagen, liebe Frau Stöhr! Den Kopf kann es Ihnen Allen ja nicht kosten. Bleiben Sie gesund mit Ihren Kindern! Auf Wiedersehen!“

Frau Stöhr nimmt ihr Töchterchen hoch, das ihr während des Gesprächs mit den beiden Frauen vom Schoße gegittelt ist und ruhig auf der Wiege schläft. Von dem kleinen Mädchen, dem Liebhaber ihres Mannes, eilen ihre Gedanken zu diesem selbst. Nun sie allein ist, kommt ihr das Gefühlslose erst voll zum Bewußtsein. Verhaftet! Gefesselt abgeführt! Der Strafe, die, der noch in einem Menschen etwas zuleide getan hat, im Gefängnis. Sie tritt an das Fenster und schaut durch die geflochtenen Scheiben in den finsternen Hof. Was wird das Ende dieses Kampfes sein? So vertritt sie in ihre Gedanken, daß sie gar nicht merkt, wie die Tür sich leise öffnet und ihr Anabe die dunkel gewordene Straße betritt. Erst als er sich an sie schmiegt, wußt sie ihn gewahrt. Schnell dreht sie sich um. „Du bist endlich wieder da? Und gewiß ganz durchgefressen.“

„Nein, Mutter! Ich schätze.“

„Schonst? Bei der Hitze, die da oben ist?“

„Ja! Die Gendarmen wollten mich mit einschleppen, und da bin ich gerannt.“

„Die Gendarmen dich einschleppen? Wo warst Du denn?“

„Nun, hinter dem Vater her. Als sie ihn in das Amtsgefängnis führten, ließen sie den Lortzen etwas offenstehen, da bin ich mit hineingekommen.“

„Mit in das Gefängnis?“

in einer kalten, finsternen Zelle. Ihre ganze Gestalt krafft sich, unwillkürlich fällt sich ihre rechte Hand zur Faust. Am liebsten möchte sie aufschreien vor lothendem Jutrumm.

„Mutter!“

„Die Angeredete antwortet nicht. Der Anabe wartet eine Weile, dann wiederholt er lauter: „Mutter!“

„Ja, Emil! Was willst Du?“

„Ich weiß noch etwas.“

„Was denn?“

„Hinter den Gendarmen, die den Vater führten, gingen in der Bahnhofstraße zwei Männer. Der eine war der Schindler, weißt du, der die neue Fabrik hat. Den anderen habe ich nicht gekannt. Er trug einen Kneifer, hatte einen schwarzen Schnurrbart und zwei große Schwärzen über die eine Wade.“

„Das ist doch nichts besonderes, Emil!“

„Nein! Aber der Schindler sagte zu dem anderen: „Der Stöhr gehört mit zu den Schlammfressern. War altem, hat der bei der ersten Anlage wegen Streikpolizeihaftens nur eine Geldstrafe erhielt. Die zahlst ja doch die Karteilasse. Gleich eingesperrt wüßten diese roten Hunde werden.“

„Das hat der Schindler gesagt! Und der andere? Hat der darauf geantwortet?“

„Der hat gesagt: „Ging nicht! Der Mensch war noch unbeschäftigt und hatte auch nichts weiter gemacht, als ruhig so: der Fabrik gefanden. Aber heute hat er sich gegen die Staatsgewalt verzogen. Nun ist er teil! Jetzt soll es ihm eingetränkt werden!“

Frau Stöhr nickt nur stumm mit dem Kopfe. Da war es, was sie befürchtete. Fabrikanten, Polizei und Richter waren alle ein Herz und eine Seele. Und alle von dem gleichen Haffe gegen die Arbeiter erfüllt. Da war ein ganzames Urteil zu erwarten.

„Nähe und spielt mit der Anna, bis ihr schlafen geht.“

Die kleine Nähe der Stöhrischen Behausung dient den Eltern der Frau Stöhr zur Wohnung. Die Mutter ist noch leidlich rüstig, der Vater ein völlig starrer, alter Mann. Ein Leben voll harter Arbeit und Entbehrung hat den Körper verbraucht. Nur der Geist ist noch frisch und beweglich. Das verraten die lebhaften, hellen Augen in dem faltenreichen Gesicht des Greises. Es ist kein größter Kummer, daß er sich nicht mehr nützlich machen kann, sondern den ganzen Tag in einem alten Lehnstuhl hinstarren muß.

Die erste Zeit nach ihrer Verheiratung war Frau Stöhr mit in die Fabrik gegangen. Als Kinder sich einstellten, mußte das unterbleiben. Um in anderer Weise zur Erhaltung der Familie beizutragen, hatte Frau Stöhr eine Anzahl Waschküchen bei Persschäften angenommen. Da war sie doch nicht ganz so gefesselt wie bei der Fabrikarbeit. Ohne die Hilfe der Mutter, die in ihrer Abwesenheit die Wirtschaft besorgte und die Kinder wartete, wäre auch dieser Erwerb nicht möglich gewesen. Mit dem Verdienst der Frau und der Beihilfe zur Wohnungsmiete durch Verrentung einer Kammer ihrer Wohnung an einen Kostgänger, kamen die Stöhrs so recht und schlecht durch.

Frau Stöhr tastet sich mit ihrem Anaben durch die dunkle Stube in die Küche. Die beiden Alten sitzen noch im Hinteren. Sie wissen, daß jetzt noch mehr als sonst gespart, mit jedem Pfennig gerechnet werden muß. Frau Stöhr glüht ein Nahtlumpchen an, und bei dem matten Licht, das nun den Raum erhellt, gährt sie an den bekümmerten Gesichtern ihrer Eltern sofort, daß diese jedes Wort vernommen haben, das sie vorher mit den beiden Frauen gewechselt hat.

Gegenüber dieser stummen Sorge drängt sie den eigenen Kummer zurück. Mit ruhiger, fester Stimme wendet sie sich an die Eltern: „Seid mir unbedorgt! Die Unterhaltung erhalten wir ja fort, auch wenn mein Mann im Gefängnis ist. Ich arbeite auch weiter, da werden wir schon durchkommen.“

Der Stillsitzen und die laute Stimme der Frau machen das Weidwunder munter, das die Großmutter bis dahin leise auf ihren Arken geschaukelt hat. Es macht launige Bewegungen mit dem kleinen Munde und verzicht das rosige Gesichtchen. Schnell nimmt es Frau Stöhr und reicht ihm, ehe es noch zu schreien beginnt, die Brust.

Nachdem das Kleine gestillt ist, schickt sich Frau Stöhr zum Gehen an. Morgen ist Washtag bei Neads, sagt sie, da muß ich heute abend noch hinaus und die Wäsche einweichen. Ihr befohlen ist ja, da mein Mann nicht kommt, nichts weiter. Ist Abendrot, und wenn die Kinder nicht sind, können sie ins Bett gehen. Gute Nacht, Emil! Gute Nacht, Anna! Seid glücklich artig. In den Eltern wendet: „Ihr seid ja noch auf, wenn ich zurückkomme.“

(Fortsetzung folgt.)



Vornahme der 2. und 3. Lesung etwas einzuwenden. Nachträglich scheint aber der Beschluß des Reichstags den Scharmachern sehr unangenehm zu sein. In der freikonzertierten „Post“ läßt sich ein militärischer Mitarbeiter also vernehmen: „Es ist selbstverständlich und deshalb gar nicht zu erklären, daß die Richter nach bestem Gewissen und dem Gesetz gemäß Recht gesprochen haben, aber andererseits gerade aus diesem Falle mit seiner Schwere der Strafen gegen bisher unbestrafte Leute eine Begründung dafür zu finden, daß das Gesetz hier mildernde Umstände oder mildernde Fälle zulassen müßte, wäre ein völliger Trugschluß und ein Dolch auf jegliche Disziplin. Deshalb ging der Antrag ja auch von sozialdemokratischer Seite aus, deren Lebenszweck Herabsetzung und ganz besonders Herabsetzung der Disziplin in der Armee ist.“

Das geht selbst der Redaktion der „Post“ zu weit die in einem Nachsatz u. a. bemerkt, daß die Manneszucht im Heere mit allen Mitteln aufrechterhalten werden müsse, aber andererseits es ihr doch durchaus angebracht ercheine, dem Richter für ganz besondere Fälle auch die Möglichkeit zu geben, mildernde Umstände anzunehmen und danach die Strafe zu bemessen.

Die „Deutsche Tagesztg.“, das Agrarierblatt, darf natürlich nicht fehlen, wenn es gegen die Sozialdemokratie geht. Es schreibt am Schluß eines Artikels über das Exekutiv-Urteil: „Bei der Revision der Urteile muß die Aufrechterhaltung der militärischen Disziplin der maßgebende Gesichtspunkt bleiben; und die Aufrechterhaltung auf Grund der Ausbreitung der militärischen Disziplin in sozialdemokratischen Agitation wachsende Neigung zu Widerlichkeiten gegen militärische Behörden muß dabei auch aufs ernste in Betracht gezogen werden. Darüber hinaus aber können wir nur bedauern, daß die verantwortlichen Stellen den Versuch, auf Grund völlig unzulänglichen Materials in ein schwebendes Gerichtsverfahren einzugreifen und ein völlig ungeprüftes Urteil zum Ausgangspunkt eines Gesetzesgesetzes zu machen, nicht anders gegenübergerichtet sind, als es geschehen ist.“

Der Haß gegen die Sozialdemokratie erzeugt doch fonderbare Blüten.

### Staatsaktion in Kiel.

In Kiel ist Kaiser Wilhelm II. mit dem König von Italien zusammengekommen. Auch der Reichstanzler und andere Staatsmänner sind zugegen. Die „Nordd. Allgemeine Ztg.“ gibt den Schlüssel zu dieser Begegnung. Sie schreibt an der Spitze der Ausgabe vom Mittwoch abend in auffallendem Druck:

„Die Wandlungen in Südost-Europas und ihr Uebergreifen auf Nachbargebiete werden in den Gesprächen zwischen den Monarchen und ihren Staatsmännern in Kiel um so ernster Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen, als gerade jetzt eine abermalige kriegerische Zuspitzung zwischen den Staaten des Balkanbundes eingetreten ist. Angesichts dieser neuen Gefahr bleiben wir überzeugt, daß die Kieler Begegnung, an der mit bundesfreundlicher Sympathie auch Österreich-Ungarn im Geiste teilnimmt, dazu beitragen wird, die Freundschaft zwischen Italien und Deutschland zu beleben, die Uebereinstimmung innerhalb des Treibundes zu verstärken und die Verhandlung der den Großmächten gestellten Aufgaben zu erleichtern.“

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat Bericht erstattet über die Wahl der Abgeordneten Vater (S. Gumbinnen), Soßin (S. Oepeln), Dr. Sohn (I. Erfurt). Sie beantragt bei der ersten Wahlbewerberhebung, bei den anderen Willigkeit. Letzter hatte 6244 Stimmen erhalten, die absolute Mehrheit betrug 6782. Nach Prüfung der Proteste hat die Kommission dem Gewählten 6339 Stimmen zuerkannt: er hat noch 48 Stimmen über die absolute Mehrheit, kann diese aber verlieren, wenn einige Protestpunkte, über die Beweis erhoben werden soll, zutreffen. — Sohn war in der Stichwahl mit 8244 gegen 6786 Stimmen des Freisinnigen gewählt worden, ihm sind 231 Stimmen abgezogen, es bleiben ihm unbeanstandet noch über 300 Stimmen über die Mehrheit, die Wahl ist deshalb gültig. — Bei Soßin konnten ebenfalls die Proteste die Gültigkeit der Wahl nicht erschüttern, im unangünstigsten Falle behält er noch 2600 Stimmen über die absolute Mehrheit.

Die „Zeitung“ veröffentlicht in ihrer Mittwoch-Mittags-Ausgabe eine Gegenseite aus Zeitschriften, in der mit kategorischer Betonung Gegenleistung für den Mehrbeitrag von der preussischen Regierung gefordert wird und zwar dadurch, daß sie ihre bisherige ablehnende Haltung gegenüber der Erneuerung des Kohlenjubiläums aufhebt. „Auf jeden Fall“, so heißt es zum Schluß, „müsse der Regierung das eine klar sein: Sollte das rheinisch-westfälische Kohlenjubiläum nicht erneuert werden, so wird es nicht nur den im hiesigen Industriebezirk anwesenden Gesellschaften und Personen, sondern auch weiten Kreisen des deutschen Reichs unmöglich sein, die letzte Rate des Mehrbeitrags zu zahlen. Wird dem starken wirtschaftlichen Leben des Industriebezirks diese Grundlage entzogen, so wird eine Erschütterung eintreten, eine allgemeine Entwertung des Immobilien- und Wertpapierbesitzes, der gegenüber die folgende rückläufige Wertbemessung auf dem Grundstücks- und Börsenmärkte ein Kinderpiel ist.“

Es wird also schon noch dahin kommen, daß die große Masse der Bevölkerung auch bei der neuesten Heeresvergrößerung die Zeche bezahlen muß. Anders kann man dieses Vorgehen der Zechebesitzer wohl nicht auffassen.

Skandinavien in den deutschen Kolonien. In Danes-Salomon und in anderen größeren Plätzen Deutsch-Ostafrikas fanden früher sogenannte Arbeitsmärkte statt, bei denen sich die einzelnen Haushaltungen und Pflanzungen mit den nötigen Arbeitern versehen konnten. Arbeiternehmer und Arbeitgeber traten in direkten Verkehr und Verhandlungen. Diese Arbeitsmärkte wurden von gewisser Seite als Sklavenmärkte bezeichnet und ihre Aufhebung daher angeordnet.

Nunmehr erfährt die „Post“, im Reichskolonialamt würden Erhebungen angestellt, die zum Ziel haben, diese Arbeitsmärkte wieder einzuführen. Als Grund wird angegeben, daß als Arbeitsanwerber Indier, Griechen usw. in die Erziehung getreten sind, die ihren Dienst in der Regel doppelt, vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bezahlen lassen. Die amtliche Aufsicht werde dadurch außerordentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht. Für die Regier würden daher die Arbeitsmärkte vorteilhafter sein. Man darf wohl annehmen, daß die Plantagenbesitzer es lieblich, die die Sklavenmärkte wieder haben wollen und zwar lebhaft zu ihrem Vorteil.

Deutsch-französisches Abkommen über die Landung von Flugzeugen. Nach Pariser Meldungen sind zwischen der deutschen und der französischen Regierung Vereinbarungen getroffen worden über die Maßnahmen bei der Landung von Flugzeugen. Danach würde man einen Unterschied zwischen privaten und öffentlichen, d. h. Militärflugzeugen machen. Die Inhaber der Militärflugzeuge müßten stets Militäruniform tragen. Wenn sie infolge einer Panne oder eines Irrtums zu einer Landung auf fremdem Boden gezwungen sein würden, dann würden sie entsprechend dem in Wien ausgearbeiteten Codex des Signale gehen müssen.

Aus der Bremischen Bürgerchaft. Die Bremische Bürgerchaft hat in ihrer letzten Sitzung wieder einige Beweise ihres Liberalismus gegeben. Nicht nur, daß ein sozialdemokratischer Antrag auf Erweiterung des Sommerurlaubes für Staatsarbeiter abgelehnt wurde, es wurde auch der sozialdemokratische Antrag niedergestimmt, daß bei den Bürgerchaftswahlen die in den Wahllisten verzeichneten Wähler von der Aufnahme in die Wählerliste durch Postkarten zu benachrichtigen sind. In einer Reihe anderer „liberaler“ Gemeinden besteht diese Einrichtung bekanntlich schon seit längerer Zeit. Abgelehnt wurde auch der sozialdemokratische Antrag, in den Bremischen Staatskirchen die Kinder von Dissidenten vom Religionsunterricht zu befreien. Nur ein Teil der

Fortschrittler stimmte für den sozialdemokratischen Antrag, eine Zahl Fortschrittler stimmte ausdrücklich dagegen, während sich noch andere der Stimme enthielten.

## Ausland.

### Frankreich und die Annahme der deutschen Heeresvorlagen.

Unser Pariser Korrespondent schreibt uns vom 1. Juli. Die gesamte französische Presse hat seit Wochen so einbringlich prophezeit, daß die deutschen Heeresvorlagen noch vor dem 1. Juli angenommen sein würden, daß man hier nicht mehr überrascht sein konnte, als gestern Abend die Berichte über die Reichstagsitzung eintrafen. Die „große Begeisterung“ der Wehrzeit, die Weimurgang aller sechs von der Regierung abgeordneten sozialistischeren, die Art, wie der Reichstanzler dem Kriegsminister freudig lachend auf die Schulter klopfte, die Entschlossenheit Bernhards-Holweggs, das dreifache Heiser-Hurra werden in den Telegrammen ganz besonders hervorgehoben als Zeichen der opferfreudigen Einmütigkeit, die in Deutschland zwischen Regierung und Parlament herrsche. Der Protest der Sozialdemokraten, die innerpolitische Bedeutung der Weimurgänge vermindern daneben vollkommen in den Betrachtungen der bürgerlichen Presse. Und das ist nur dazu begründet. Das Endresultat, das für Frankreich als Großmacht einzig und allein Bedeutung hat, ist die Vermehrung des aktiven Heeres um 120.000 Mann. Ob diese Aufrüstung dem einzelnen Deutschen neue Lasten bringt, wer die Lasten besteuert wird, das ist den Franzosen als Volk gleichgültig. Die französische Armee zählt 530.000 Mann — die deutsche Armee wird 860.000 Mann zählen; trocken wiederholen Freunde und Feinde der dreijährigen Dienstzeit diese Gegenüberstellung, und niemand wird leugnen, daß Frankreich durch Deutschland gezwungen wurde, seine Armee zu verstärken. Darüber sind auch alle Parteien in Frankreich einig. Und die Sozialisten, deren Stellung nicht ganz dieselbe sein kann, wie die der deutschen Sozialisten, da erstens die Aufrüstung von Deutschland ausging, und da sie zweitens in Frankreich immerhin eine Republik zu verteidigen haben, sind nicht weniger als die anderen geneigt, dem Lande die nötigen Verteidigungsmittel zu bewilligen. Allerdings nur unter der Bedingung, daß die Reaktionen dabei keine Geschäfte macht, daß der demokratische Gedanke eine leitende Rolle erhält, daß die Gelegenheit benutzt wird, um militärische Reformen durchzuführen, vor denen sich die bestehenden Patrioten fürchten, da die Miliz das Ziel der sozialistischen Bemühungen bildet und auch eine republikanische Bourgeoisie dem „Voll in Waffen“ sehr mißtrauisch gegenübersteht. Nun ist es keine Frage mehr, daß die sozialistischen Ansichten diesmal noch nicht durchbringen werden: die von den Sozialisten Faure, Watlant und Briquet eingebrachten verschiedenen Entwürfe hatten nicht viel mehr als die Stimmen der sozialistischen Abgeordneten auf sich vereinigt. Und es kann auch kein Zweifel mehr darüber herrschen, daß die Aufrechterhaltung der zweijährigen Dienstzeit, wie sie von dem Republikaner „Sozialisten“ Kuganeur, der schon Minister und Generalgouverneur von Madagaskar war, und Peuleve gefordert wurden, ebenfalls abgelehnt wird. Zwar hat sich bei der gestrigen Abstimmung eine ziemlich starke Minderheit um die beiden Projekte geschart, aber mit 339 gegen 214 sah sich das eine, mit 323 gegen 293 das andere verurteilt. Eine ganze Reihe von Gegenentwürfen müssen noch erledigt werden, ehe die Debatte über das Heeresvergrößerungsprojekt, zu dem der Entwurf der Heereskommissionenmitglied der Reichs- und Montebello geworden ist, beginnen kann. Und zwar stammen sämtliche Entwürfe von Radikalen: der frühere Unterstaatssekretär Professor Chalamaus fordert die Verlängerung der Dienstzeit um sechs Monate für die Kavallerie und die reitende Artillerie und Beibehaltung der zwei Jahre für die übrigen Waffengattungen, der Radikale Pasquai schlägt vor, an der zweijährigen Dienstzeit nicht zu rütteln, aber eine vorbereitende militärische Instruktion, die den jungen Leuten von ihrem achtzehnten Lebensjahre an an jedem Sonntage erteilt werden soll, einzuführen. Der bekannte General Vedoya, der den jetzigen Krieg mitmachte, beantragt eine Verlängerung der Dienstzeit um drei Monate, Einstellung der Rekruten im Juli und Befreiung im Oktober. Und schließlich hat auch der frühere Kriegsminister Westin gemeinsam mit dem früheren Reichsminister Paul Boncour einen Entwurf eingebracht, der die achtundzwanzigmonatige Dienstzeit, ergänzt durch drei Reserveperioden enthält.

Es ist das Projekt Messimy-Boncour, das den Anhängern der dreijährigen Dienstzeit die größten Sorgen macht. Das einzig gefährliche, nennt es gestern das „Journal des Debats“, so wohl wegen des Talents seiner Autoren, als auch wegen der militärischen Kompetenz Messimys. In der Tat wird sich der Entscheidungskampf um diesen Entwurf drehen. Und da die Sozialisten vorläufig beschloffen haben, allen Entwürfen zuzustimmen, welche die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit verhindern können, so wäre es sehr wohl möglich, daß sich eine Mehrheit gegen den Entwurf Reinach-Montebello findet. Aber sicher ist das keineswegs. Und die Tatsache, daß die Minister die deutsche Heeresvermehrung nun als vollzogen hinstellen dürfen, daß der Reichstag schon auseinandergegangen „nach getaner Arbeit“, wird sicherlich dazu beitragen, den „Blut der Dreijährigen“ zu sprengen.

In französischen Parlament sind jedoch Ueberraschungen nie ausgefallen. Jedenfalls wird es der Regierung nicht gelingen, trotz der endgültigen Verabschiedung der deutschen Vorlagen durch den Reichstag „patriotisches Schweigen“ zu erzielen. Selbst angesichts der „äußeren Gefahr“ läßt sich das Parlament nicht zu einer Bewilligungsmaschine herablassen, wie in Berlin. Und länger als fünf Minuten vermögen die schmetternden Hurrafanfänge des Ministerpräsidenten, des Kriegsministers oder irgend eines begeisterten Deputierten das politische Rechts- und Machtbewußtsein der französischen Parlamentarier nicht zurückzuhalten. Wenn sich je gezeigt hat, wie unendlich höher Frankreichs Abgeordnete sich zu stellen wissen, als die bürgerlichen Abgeordneten des allgemeinen Wahlrechts in der deutschen Monarchie, dann in diesen Debatten über die Militärvorlagen. Jenseits des Rheins dumme Ergebnisse, an der die Ablehnung der Sozialisten zunächst werden, und beim Bezahlen bis verzerrte Grinassen, auf die der Schein des Bewußtseins, vaterländische Pflichten erfüllt zu haben, nur schwach und unsicher fällt. Diesseits der Vogesen: Sie und Gegenüber, Schluß auf Schluß, keine Furcht, im Ausland das Bild „eines innerlich zerrissenen Frankreich“ zu geben, kein Hin- und Her-Gucken auf Minister- und Generalmarte, kein Schwören auf Namen: Kritik, fortwährende, unbarmherzige Kritik — eine Diskussion, die zu den großen in der parlamentarischen Geschichte gehören wird, was auch schließlich dabei herauskommen mag, ein Ringen vor Kräften, die sich einander offen gegenüberstehen, ein Zusammenstoß von Ideen und Auffassungen, zwischen denen Abgründe klaffen. Was in Berlin vor sich ging, wirkt daneben wie armer Mann, der um seiner selbst willen gemacht wurde, und die Attacken der Sozialdemokratie wirken aus der Ferne gesehen fast lächerlich, nicht weil sie eine Schwäche waren, sondern weil sie nicht man den Feind sucht, gegen den sie sich richteten, und der sich ins hohe Gras patriotischer Stille und ohnmächtigen Bewußtseins gesetzt hatte, und nicht eher wieder aufstand, bis es galt, „Ja und Amen“ zu sagen und „Hurra, hurra, hurra!“ zu brüllen. Die Tragikomik dieser Situation kann wohl nur der erfassen, der sie nicht aus der Nähe betrachtet und der täglich in der Luft eines Parlaments lebt, das diesen Namen verdient.

Die reaktionären Blätter Frankreichs versuchen natürlich die Galtung der Reichstagsmehrheit für ihre Ziele auszunutzen. Sie heucheln „Veränderung“, um dann schreiben zu können, wie es der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ mit das in dem Kampfe zu Gunsten der dreijährigen Dienstzeit eine

Mitglied: „... ich verlaße bewegt, demotiert, und ruhe diese Sitzung, in der ich den Willen Deutschlands in einer pflichtlichen Anstrengung ausmühen sah. Nehmt Euch in acht. Die Zeiten sind ernst.“ — Die Geher bescheiden sich!

Das holländische Ministerium und die Sozialdemokratie. Die konstitutionelle Verfassung schreibt vor, daß bei einer Kabinettskrise die Krone den Rat einer Reihe maßgebender politischer Persönlichkeiten einholt, darunter auch den Rat der Führer der politischen Parteien. Bisher aber war die Sozialdemokratie von dieser Beratung immer ausgeschlossen worden. Jetzt hat zum ersten Male die Krone, wie schon kurz gemeldet, unteren Parteigenossen Troelstra aufgefordert, am kommenden Sonnabend zu ihr zu kommen und ihr sein Urteil zur Lösung der Kabinettskrise vorzutragen.

Noch eine andere Neuerung hat der Wahlausfall bereits gebracht. Der „Standard“, das Hauptorgan der Antipreker Partei, verleiht jetzt schon die projektierte Tarifvorlage, nachdem die Wähler sie verurteilt haben. Das Blatt begründet diesen Umstand damit, daß es nicht länger die christlichen Wähler stellen will zwischen ihre reaktionäre Gewissenspflicht, fiscal zu stimmen, und ihr materielles Interesse, einem Gegner der Tarifvorlage zuzustimmen. Mit dieser Frontänderung Anprez ist der Freihandel in Holland wohl für lange Jahre sichergestellt.

## Die Balkanwirren.

Die Hoffnungen auf Erhaltung des Friedens sind heute fast völlig geschwunden. Wie die nachstehenden Meldungen zeigen, soll die serbische Armee den Befehl zum Aufmarsch erhalten haben und ebenso soll in Rumänien die Mobilisierung bevorstehen. Die ehemaligen Verbündeten kehren sich demnach bei ihren gegenseitigen Handeln um die Beute so wenig um den Willen der Großmächte, als bei ihrem Angriff auf die Türkei.

Wien, 2. Juli. Aus Belgrad wird gemeldet: „Gemäß dem von der Regierung erteilten Auftrag hat das Armeekommando alle für den Kriegsfall erforderlichen Maßregeln getroffen. Das herliche Zentrum befindet sich bereits im Vormarsch. Details werden aus strategischen Gründen nicht bekannt gegeben. Die entschlossene Stellungnahme der Regierung gegen die bulgarische Herausforderung und das erfolgreiche Vordringen der serbischen Armee hat in serbischen politischen Kreisen sowie in der Bevölkerung die größte Befriedigung hervorgerufen. Man erwartet, daß der Krieg, der nach den bisher vorliegenden Nachrichten in ein fürchterliches brüdermörderisches Gemetzel ausarten dürfte, in kürzester Zeit beendet wird, da auf beiden Seiten das Bestreben herrscht, nach schnellmöglicher Niederwerfung des Gegners. Nachdem die bulgarischen Truppen auf sämtlichen Punkten zurückgeworfen wurden, erteilte Generalstabchef Putnik Befehl zur allgemeinen Verfolgung des Feindes. Man erwartet daher, daß bereits in den nächsten Tagen große Schlachten stattfinden werden. Es heißt, daß die allgemeine Offensive über Bitol und Jaribrod angeordnet wird. Ueber die serbische Offensive werden keine Mitteilungen durchgelassen; der Nachrichtenstand ist äußerst erschwerend, da das Armeekommando nur wenig Nachrichten sendet, welche überdies in Belgrad streng zensuriert werden. Privatnachrichten wurden überhaupt inhibiert, angeblich auf Wunsch des russischen Gesandten Sarbivig, welcher offenbar noch hofft, den Krieg unterbrechen zu können.“

Frankfurt a. M., 2. Juli. Die „Frankfurter Zeitung“ verbreitet in einem Extrablatt folgende Meldung aus Belgrad vom 5. Uhr 30 Minuten früh: Die serbische Armee hat den Befehl zur allgemeinen Offensive erhalten. Es werden also nicht nur die 1. und 3. Armee in Mazedonien zum Angriff übergehen, sondern auch die in Serbien selbst zwischen Nißch und Bitol stehende 2. Armee soll die bulgarische Grenze überschreiten und über Jaribrod die Richtung auf Sofia nehmen. Der Krieg wird also sofort in vollen Gang treten.

Belgrad, 2. Juli. Wie aus Uestib gemeldet wird, haben die serbischen Truppen die Verfolgung der zurückweichenden Bulgaren längs der ganzen Front aufgenommen. Die wichtigste bulgarische Position Metk Bitol ist nach kürzigen Kämpfen von den serbischen Truppen erobert worden.

Belgrad, 2. Juli. Das Serbische Pressebureau meldet über die Kämpfe, die sich bis gestern abspielten: Bulgarische Truppen der regulären Armee, in Stärke von 100.000 Mann, überschritten am 30. Juni 2 Uhr mittags die Demarationslinie bei den Orten Djebjelja, Metk, Bubi, ebenso bei den Flüssen Vregalnja und Sietowa, wo die bulgarischen Angriffe den ganzen Tag andauerten. Obwohl von serbischer Seite nur Truppen der Avantgarde beteiligt waren, die an Zahl den Bulgaren bei weitem unterlegen waren, hatten sie doch am Abend die Stellungen behauptet, die sie am Morgen innegehabt hatten. Zwanzig bulgarische Offiziere, 58 Unteroffiziere und über 700 Mann wurden gefangen genommen; unsere Verluste sind noch nicht bekannt. Die Bulgaren wurden bis zu den Flüssen Vregalnja und Sietowa zurückgetrieben. Gestern wurde der Kampf auf der ganzen Linie fortgesetzt.

Wien, 2. Juli. Aus Bukarest wird gemeldet: Hier ist man darin informiert, daß die russische Regierung eine scharfsinnige Tätigkeit entfaltet, um die Ministerpräsidenten der Balkanstaaten zu bewegen, sofort nach Petersburg zu kommen und gleichzeitig ihre Truppen von der neutralen Zone zurückzuhalten. Wenn diese Bemühungen von Erfolg begleitet sein werden, so wird Rumänien keinen Grund zum Eingreifen haben. Im Falle jedoch im Laufe des heutigen Tages die Nachricht eintreffen sollte, daß die Kämpfe fortbauern, wird die rumänische Regierung den Ausbruch des Krieges als Tatsache ansehen und noch heute mobilisieren. Die Veröffentlichung der Mobilisierungsbefehle ist in diesem Falle für heute abend oder morgen früh zu erwarten. Eine Mobilisation Rumäniens würde auch dann erfolgen, wenn die bulgarische Regierung zwar ehrlieh den Frieden wünschen sollte, doch die Macht über die mazedonischen Truppen verloren haben sollte, denn dies wäre gleichbedeutend mit der Annahme und Rumänien würde sich verpflichtet fühlen, mit bewaffneter Macht vorzugehen. Im Falle der Mobilisierung wird die rumänische Armee vorläufig die Linie Luturaj-Balkisch besetzen. Der Ministerpräsident Majorescu hatte gestern eine Audienz beim König, in der endgültige Beschlüsse gefaßt wurden.

Qualitäts  
Raucher  
Puck  
die vorzügliche  
3mg Cigarette







## Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 3. Juli.

### Parteilosen des Mikolajors.

Sonntag, den 6. Juli, wird vom Lokal des Genossen Garbisch, Steinauerstraße 12a aus, wieder eine Matinee für die „Volkswacht“ veranstaltet, zu der wir alle Parteilosen einladen, ganz besonders aber die Mitglieder der nächstliegenden Distrikte.

### Die Landarbeit der Arbeitslosen.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich so nebenbei mit der für Breslau so brennenden Arbeitslosenfrage. Dabei wurde von der rechten Seite darauf hingewiesen, daß den in der Stadt überschüssigen Arbeitskräften eine ausgiebige Beschäftigungsmöglichkeit in der Landwirtschaft offen stünde. Dieser Einwand klingt, oberflächlich gesehen, recht bestechend. Ohne Zweifel besteht ein Arbeitermangel auf dem Lande, und wenn es möglich wäre, die überschüssigen Kräfte der Stadt auf das Land zu leiten, dann wäre scheinbar beiden Seiten gründlich geholfen. Der gleichen Ansicht sind bekanntlich die agrarischen Kreise, für die ein Zustrom ländlicher Arbeiter während der Sommermonate freilich ein unannehmer Verlust sein würde, und gedanklose Stadtbewohner ihnen darin bei. Daß sie nur den Scheinbrot, den die Stadt durch den Abwanderzug beschaffungsloser und darum hilfsbedürftiger Bürger haben würde. Wie sich die Arbeiter selbst mit dem durch die Abwanderung notwendigen Wechsel der Lebensverhältnisse und Beschäftigungsweise abfinden, ist ihnen schon bedeutend gleichgültiger.

Diese Seite der Frage ist aber die entscheidende wichtigste. Da ergibt sich bei näherem Zusehen, daß der bestechende Gedanke des harmonischen Ausgleichs der städtischen mit der ländlichen Arbeiterverhältnisse zwar sehr vorteilhaft für den ländlichen Großgrundbesitzer, bedeutend weniger röstig, zum Teil sogar ganz undurchführbar aber für den Arbeiter ist.

Jeder Beruf, natürlich auch die Landwirtschaft, setzt gewisse Kenntnisse und Handfertigkeiten voraus. Das Mähen, Binden, Getreideverladen, Pflügen und das Bedienen der landwirtschaftlichen Maschinen kann unmöglich ohne großen Schaden für die Wirtschaft ganz unerfahrenen Händen anvertraut werden. Noch bedeutlicher wäre es, solchen Personen die Viehwartung zu überlassen. Mit Recht wird ja in den agrarischen Zeitungen sehr oft darauf hingewiesen, daß ein gewisser Teil der in den Städten herumirrenden Ausländer diesen Ehrennamen gewiß nicht verdient. Andererseits findet man hier auch Vertreter dieses Standes, die ihren Kollegen auf dem Lande getrost als Vorbild dienen können.

Diese Leute aber sind auch in der Stadt schwerlich um dauernde Beschäftigung verlegen. Arbeitslos sind weit überwiegend Personen, deren Beruf an die Stadt gebunden ist, Handwerker aller Art, Bau- und Fabrikarbeiter usw. Sicherlich haben mindestens drei Viertel dieser Arbeiter entweder keinen Begriff von den ländlichen Verhältnissen, oder sie sind ihnen durch eine langjährige Berufstätigkeit entfremdet. Für die Landwirtschaft, deren Beruf ein besonders ausgeprägtes Feingefühl oder große Handfertigkeit erfordert, kann die Beschäftigung in der Landwirtschaft sehr verhängnisvoll werden. Sie werden, wie schon mit Recht hervorgehoben wurde, schwerlich wieder Zutritt zu ihren Berufen finden. Damit wäre ihnen die Möglichkeit einer annehmbaren Lebensführung zeitweilig verschlossen. Diese einzige vorübergehende Zeit der Arbeitslosigkeit könnte also das dauernde Elend des Handwerkers und seiner Familie heraufbeschwören.

Aber auch für die Vertreter der größeren Berufe, die Bau- und Fabrikarbeiter, ist die landwirtschaftliche Tätigkeit mit ihrer unbegrenzten Arbeitszeit und etwas allzueng begrenzten Entschädigung ein bedauerlicher Rückschritt gegenüber ihrer bisherigen Lebensweise. Doch wäre dies bei den Unverheirateten immer noch ein erträglicher, weil vorübergehender Zustand. Bei einigermaßen besserer Beschäftigungsmöglichkeit ist es ihnen ein Leichtes, wieder den alten Beruf zu ergreifen.

Ganz anders, und bedeutend schlechter stehen die Dinge für den Familienhalter. Schwerlich würde sich für ihn in der Nähe der Stadt landwirtschaftliche Beschäftigung finden. Aber auch wenn dies der Fall wäre, wird es ihm kaum möglich sein, von dem geringen Verdienst einige Pfennige der darbenenden Familie zuzuführen. Will er seine Angehörigen nicht zugrunde gehen lassen, so muß er entweder in der Stadt bleiben und auf immerhin annehmbar bezahlte Gelegenheitsarbeit warten, oder mit der ganzen Familie aufs Land ziehen.

Dann aber hätte er, ehrlich gesagt, die Brüden der Kultur hinter sich abgebrochen. Entweder wäre er gezwungen, mit Frau und Kind unweit herumzutreiben, oder er verpflichtet sich kontraktlich für eine gewisse, und sicher nicht kurz bemessene Zeit zur Hausarbeit. Dann hat er freilich ein Unterkommen, aber um welchen Preis! Der das erbärmliche Dasein ostböhmer Gurtsflaven aus eigener Erfahrung kennt, der wird begreifen, daß sich der immerhin freie gewerbliche Arbeiter nicht zu den agrarischen Fleischtöpfen drängt, zumal sie noch selten gefüllt sind.

Das sind allerdings Erwägungen, die das Herz eines bürgerlichen Stadtbewohners schwerlich rühren werden. Er ist ja nicht verpflichtet, Gefühle zu haben. Aber rechnen muß er können. Und da drängt sich denn doch die Frage auf, ob es wirklich nützlich für das städtische Gemeinwesen ist, wenn ihm tausende flechtiger Bürger auf lange Zeit hinaus verloren gehen, nur weil sie bei diesem hoch nur vorübergehenden gewerblichen Stillstand Beschäftigungslos würden. Es handelt sich ja doch um jeden Tag einen Teil um langangelegene Einwohner, die in guten Betrieben auch gern ihren Pfennig zur Erhaltung der Stadt beitragen haben. Sollten sie aus den Toren getrieben werden, weil man augenblicklich ihre Arbeitskraft entbehren kann? Was aber, wenn man sie wieder braucht? Freilich werden dann auch wieder Arbeitskräfte zum Tore hereinströmen; aber es sind fremde, ungewohnte. Die alten, vertrauten, etablierten Leute sind immer verloren.

Das wäre für unser städtisches Gewerbe ein großer Schaden. Werte gingen hier zugrunde, denen gegenüber die wenigen tausend Mark bare Arbeitslosenunterstützung nur als Trutzgeld anzusehen sind. Nicht nur vom Standpunkt der Arbeitslosen, sondern weit mehr vom Standpunkt der gewerblichen Bürger hat also der Abschluß beschaffungsloser Stabangehöriger in die agrarischen Kreise seine bedenklichen Seiten. Wer wird sich denn die Arme abschlagen und sie wegwerfen, nur weil er sie gerade augenblicklich nicht braucht?

### Zur Reform der Distriktsversammlungen.

Ein Genosse schreibt uns: Daß unsere monatlichen Distriktsversammlungen dringend der Reform bedürfen, dürfte wohl vom größten Teile unserer Mitgliedschaft anerkannt werden. Nachdem die Distriktsversammlungen den Charakter eines Jahlabendes mehr und mehr verloren haben und zu Vortragabend geworden sind, ist es notwendig, sie nutzbringend und lehrreich für die Besucher zu gestalten.

Das ist bisher nur in ganz geringem Maße geschehen. Da vorwiegend politische Tagesereignisse behandelt worden sind, Dinge, die in der Presse und in Versammlungen ausführlich erörtert werden und die jeder Parteigenosse und jede Genossin wissen muß, werden die Zusammenkünfte eintönig und leblos. Das muß zur Folge haben, daß einer großen Anzahl von Mitgliedern der Besuche der Versammlungen verleidet wird. Daraus ist es zu erklären, daß der Besuch eher im Abnehmen als im Zunehmen begriffen ist. Die Versammlungen — von deren Notwendigkeit wohl jedes Mitglied der Partei überzeugt sein dürfte — können und sollen eine Einrichtung werden zur Hebung und Vertiefung unseres Parteilbens. Hier ist der Ort, wo der Sozialist seinen Standpunkt erörtert werden soll, wo den Genossen theoretische Bildung und Kenntnisse beigebracht werden können, wo das Parteiprogramm eingehend erörtert werden kann; hier kann geistiges Leben erregt und gepflegt werden. Anhänger können hier geschaffen werden, die den Ehrennamen eines Sozialisten nicht nur im Munde führen, sondern von der Nichtigkeit und Notwendigkeit des Sozialismus bis ins Mark überzeugt sind.

Die sozialistische Erkenntnis ist die Grundlage aller praktischen Betätigung, auf ihm bauen sich unsere Gegenwartsforderungen auf, und eine Mitgliedschaft mit wissenschaftlicher Bildung und Erkenntnis wird auch nie verfallen, wenn es gilt zu agitieren, zu organisieren. Ist doch das Bewußtsein vorhanden, daß jeder politische Fortschritt uns dem Ziele: der Befreiung der Menschheit, einen Schritt näher bringt.

So bietet sich Behandlungsschritt in großer Fülle; es kann nie eintreten, daß der Redner nicht recht weiß, worüber er sprechen soll und nun zu dem greift, was ihm gerade am nächsten liegt, um sich aus der Verlegenheit zu retten. Von jedem Genossen, der rednerisch tätig ist und in der Arbeiterbewegung an leitender Stelle steht, ist ohne weiteres anzunehmen, daß er in seiner Hausbibliothek wissenschaftliche sozialistische Schriften besitzt, aus denen er den Stoff zu seinen Vorträgen entnehmen und bearbeiten kann. Wenn nun von der Parteileitung beschlossen wird, in den nächsten Distriktsversammlungen ist der erste Absatz des grundlegenden Teils unseres Programms zu behandeln, dann müssen in Breslau — wo etwa 50 Angestellte der modernen Arbeiterbewegung vorhanden sind — dazu die geeigneten Kräfte zu haben sein. So ist auch die Möglichkeit des einheitlichen Themas für alle Versammlungen gegeben. Es kann nie passieren, daß ein Thema in einem Distrikt in kurzer Zeit wiederholt behandelt wird. Auch müssen sich die Redner in längeren Zeiträumen verhalten und ihre Erfahrungen austauschen. Gegebenenfalls wären Rednerkurse einzurichten.

Sollte es nun beim besten Willen nicht möglich sein, die geeigneten Redner in der nötigen Zahl zu stellen, so wären Vorträge zu erwägen. Aus einem grundlegenden Brochüre wird abwechselnd vorgelesen und diskutiert; es würde dann auch so der Zweck der Abende erfüllt werden.

Mitteilungen der gemachten Ausführungen vertrotelt werden, so könnte das gesamte Parteilieben aufleben. Jeder Besucher der Distriktsabende geht zu Hause mit dem Bewußtsein, etwas gelernt und seine sozialistische Bildung vertieft und erweitert zu haben. Nun stellt er sich umso freudiger zur Kleinarbeit und ist mit seinem ganzen Sinnen und Trachten bei der Sache des Befreiungskampfes des bestlosigen Volkes. H. B.

### Weg mit der Konkurrenzklause!

Wie terechtigt diese alte Forderung der freiorganisierten Handlungsgesellschaften, das beständig wieder folgende Streitsache vor dem hiesigen Kaufmannsgericht:

Die Firma Vry (Arbeiterkonfektion und Manufakturwaren) verpflichtete ihren Reisenden Manneberg, nach dem Austritt aus der Stellung für die Dauer von drei Jahren nicht in eine bestimmte Konkurrenzhandlung, nämlich in die von Vert u. Wlogauer in Breslau eingetretene; der Eintritt in sonstige Konkurrenzgeschäfte war ihm erlaubt. Manneberg war 5 Jahre bei der Firma Vry tätig. Nach der Lösung des Dienstverhältnisses trat er in ein Leipziger Manufakturgeschäft ein. Dort war er aber nur zwei Monate. Da er nirgends ein Unterkommen finden konnte, wurde er von der Firma Vert u. Wlogauer eingestellt. Vry klagte nun gegen Manneberg vor dem Kaufmannsgericht mit dem Antrage, den Verträgen zu verurteilen, jede kaufmännische Tätigkeit bis zum Ablauf der vertraglich gebundenen Zeit (1. November 1915) in der neuen Stellung aufzugeben bei Vermeidung einer Vertragsstrafe von 300 Mark für jeden Uebertretungsfall. Der Verklagte beantragte die Klage abzuweisen, da er bei der jetzigen Firma nicht fest, sondern provisorisch angestellt sei. Ferner gab er an, er habe sich die größte Mühe gegeben, eine andere Stellung zu finden, daß dies ihm aber leider wegen der schlechten Zustände des Klägers nicht möglich gewesen wäre. Schließlich glaube er, daß die Konkurrenzklause gegen die guten Sitten verstoße. Der Kläger bestritt, eine schlechte Zukunft erteilt zu haben, er habe überhaupt keine Zukunft erteilt. Das Kaufmannsgericht verurteilte den Reisenden nach dem Klageantrage, setzte aber die Strafe für jeden Uebertretungsfall von 300 auf 100 Mk. herab. Das Gericht hielt die Klausel für zulässig und nicht gegen die guten Sitten verstoßend.

### Auch eine „Rötigung“.

Während des Klemmerausstandes soll der streikende Klemmer Kreuzle dem arbeitswilligen Klemmergesellen Walter gesagt haben: „Warte nur, du wirst dich ein“ Wegen dieser harmlosen Bemerkung mußte sich Kreuzle am Mittwoch vor dem hiesigen Schöffengericht verantworten. Der Staatsanwalt meinte, der Angeklagte habe mit der an sich harmlosen Aeußerung bezweckt, den arbeitswilligen zu den Streikenden herüberzuziehen. Die Sache endete aber mit Freisprechung, weil das Gericht beim besten Willen nicht einsehen konnte, daß an den Worten: „Warte nur, du wirst dich ein“ ein gefährlicher Sinn hätte sein können. Während der Verhandlung erklärte ein Schöffe, der Angeklagte habe den Walter „föher“ nötigen wollen. Rechtsanwält Simon behauptete den Schöffen, daß er nach dem Ergebnis der ganzen Bemerkungsaussage zu urteilen habe und nicht vorher hinüberzuziehen dürfe. Dieser berechtigten Klage schloß sich auch der Vorsitzende an.

## Jahrhundert-Ausstellung.

### Eine zweite Blumenschau

vom 5. bis 10. Juli wird vorbereitet. Abgeschnittene Rosen und Nelken und andere Blumen in großer Anzahl und in den neuesten Züchtungen werden mükungsoll zusammengestellt. Auch Anmeldekarten von Freischern aus Treibhäusern liegen vor. Die Blumenschau wird Sonnabend vormittag 11 Uhr eröffnet.

### Leichte athletische Wettkämpfe.

Am Sonntag nachmittag 4 Uhr sind auf dem Sportplatz der Ausstellung (Sportplatz Grünliche) große nationale leichtathletische Wettkämpfe, veranstaltet vom Süddeutschen Athletik-Verbande. Ausgetragen wird unter anderen der Weltkugelfestlauf von 10000 m, der Preis im Speerwerfen. Vorverkauf in den durch Plakate kenntlich gemachten Stellen und in der Verkehrsallee der Ausstellung.

### Das Tanagra-Theater

auf dem Vergnügungspark der Ausstellung hat am Donnerstag an ein vollständig neues Programm. Ein ungarischer Nationaltanz wird die Reihe der amnütigen Bilder eröffnen; es folgen eine phantastische Szene „Jann und Nymph“, die Kokoto-Serenade, Musik von Meyer-Sellmann, die Arie des Postillon aus der bekannten Oper „Der Postillon von Conjeumeau“, von Herrn Opernsänger Martinek gesungen. Den Schluß bildet die reizende Märchenzene „Die Zaubergeige“ mit Violinolo.

### Sportreport.

In der zweiten Vorrunde um den von der Ausstellung zur Jahrbühnenfeier gestifteten Pokal trafen sich am 6. Juli abends 7 Uhr auf dem Sportplatz der Ausstellung hinter der Radrennbahn (Eingang zur Gelmischer Weg) die beiden ersten Mannschaften des Vereins für Bewegungsspiele und des Vereins für Rasenspiele. Wer den Sieg davontragen wird, läßt sich schwer sagen.

### Im Tanagra-Theater

auf dem Vergnügungspark der Ausstellung gelangt von Donnerstag an ein vollständig neues Programm zur Aufführung. Ein ungarischer Nationaltanz wird die Reihe der amnütigen Bilder eröffnen, es folgen darauf eine phantastische Szene „Jann und Nymph“, die Kokoto-Serenade, Musik von Meyer-Sellmann, und die Arie des Postillon aus der bekannten Oper „Der Postillon von Conjeumeau“, von Herrn Opernsänger Martinek gesungen. Den Schluß bildet die reizende Märchenzene „Die Zaubergeige“ mit Violinolo.

### Von einem Automobil totgefahren.

Vor einigen Monaten wurde ein Schloffer an der Straßenbahnhaltestelle in der Nähe der Kaiserbrücke von einem Automobil totgefahren. Der Verunglückte hinterließ eine Witwe mit fünf unversorgten Kindern. Er war im Begriff gewesen, einen Straßenbahnwagen zu verlassen, als er vom Kraftwagen erfasst und getötet wurde.

Der Führer des Automobils, Schöp, hat sich des überfahrenen Mannes sofort angenommen und ihn ins Krankenhaus gefahren. Dort konnte nur nach der Tod des Schloffers festgestellt werden. Die Verletzungen waren geradezu furchtlich. Mehrere Rippenbrüche, eine Leberzerrung und einen schweren Schädelbruch mit Bluterguß ins Gehirn hatte der Mann erlitten. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen Schöp's Anklage wegen fahrlässiger Tötung.

Am Mittwoch stand er vor der hiesigen dritten Strafkammer. Die Schuld des Angeklagten soll darin bestanden haben, daß er seine Fahrgeschwindigkeit an der Straßenbahnhaltestelle keineswegs mäßigte, sondern ohne Rücksicht auf die aufsteigenden Fahrgäste der Straßenbahn dort vorbeifuhr. Schöp's hätte nach der Ansicht des Staatsanwaltes umfomehr Vorsicht walten lassen müssen, weil die Straße hinter der Brücke stark abfällt. Zur Verhandlung waren 17 Zeugen vorgeladen. Als Sachverständige waren anwesend Polizeirat Lengfeld vom hiesigen Polizeipräsidium und Geh. Medizinalrat, Professor Dr. Leffer, der die Sektion der Leiche vorgenommen hat. Einige Augenzeugen des traurigen Vorfalles konnten bezeugen, daß Schöp's nicht mäßig, sondern sehr schnell gefahren ist. Der Angeklagte will wahrgenommen haben, daß der Verletzte stark nach Alkohol roch, also wahrscheinlich leicht angegriffen war, und in diesem Zustande vielleicht durch eigene Schuld unter das Auto geraten sei. Diese Vermutung konnte aber durch Zeugen, die den Lebenswandel des Schloffers genau kannten, nicht gestützt werden. Der Staatsanwalt kam nach der Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten. Seine Fahrlässigkeit sei recht grob und folgenreicher gewesen, weshalb eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten kaum zu hoch bemessen sei.

Das Gericht kam ebenfalls zu der Auffassung, daß Schöp's durch sein überschnelles Fahren, gerade an dieser Haltestelle, den Tod des braven Familienvaters verschuldet habe. „Ganz mit Recht lagte der Vorstehende Landgerichtsrat Hlenc in der Urteilsbegründung: „Auf die Fußgänger Rücksicht zu nehmen, ist das wichtigste und erste Erfordernis, das an jeden Kraftwagenführer unbedingt gestellt werden muß. Nicht umsonst bestehen die polizeilichen Vorschriften, wonach die Kraftwagenführer besonders an den Straßenbahnhaltestellen ihre Fahrgeschwindigkeit ganz bedeutend mäßigen müssen, damit ebenjo traurige Unglücksfälle, wie der vorliegende, vermieden werden.“ Wegen fahrlässiger Tötung wurde der Angeklagte zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Der Fleischermeister als Jockey. Dem Direktor Bender bei Viehich war vom Gericht durch einstweilige Verfügung bei Strafe verboten worden, in seinem Theaterstück „Breslau, so siehste aus“ einen Fleischermeister Wienbrück als Jockey über die Bühne reiten zu lassen. Das Verbot ist auf einen Antrag des Fleischermeisters Georg Sildebrand zurückzuführen, der sich in dem Fleischermeister Wienbrück, der zuerst Mißbrand hieß, verpöitelt glaubte. Das Landgericht hat jetzt die einstweilige Verfügung bestätigt, womit aber Bender nicht zufrieden ist; er wird Berufung einlegen.

Im städtischen Arbeitsnachweis boten sich im Laufe des Monats Juni 1897 männliche Arbeitskräfte an; es waren aber nur 641 offene Stellen vorhanden, von denen 604 besetzt wurden. Stellung fanden meistens Arbeiter. Zwischen Haushältern und Kutscher. An weiblichen Arbeitskräften boten sich 1265 zu den 988 vorhandenen offenen Stellen an. Beschäftigung fanden 802 Stellenuchende; es waren darunter 584 Arbeiterinnen, 8 Mägde, 4 Schenkerinnen, 269 Bedienung, 16 Kinderfrauen, 8 Mägde, 4 Plätterinnen und 6 Wegerinnen.

Das städtische Rathaus, das am Anfang des Monats Juni einen Bestand von 11.079 Wählern mit 806.097 Mark Grundkapital aufwies, hatte im Laufe des Monats einen Abgang von 1885 Wählern mit 58.748 Mark Grundkapital, dagegen einen Abgang von 2208 Wählern mit einem Grundkapital von 51.140 Mark, wobei am Ende des Monats ein Bestand von 11.892 Wählern mit 814.568 Mark verblieb.

Einbrüche. Aus der gemauerten erdosenen Wand eines Anstaltens auf der Festungstraße sind verschiedene Kleingüter und Wertgegenstände gestohlen worden. — Aus einer Wanduhr am städtischen Bahnhof wurden in der Nacht zum 1. Juli zwei Uhren gestohlen.



**Polzwasser**

hat uns der anhaltende Regen der letzten Tage gebracht. In Matibor ist die Oder vom 30. Juni bis Mittwoch nachmittags von 0,85 Meter u. u. über 6 Meter gestiegen; auch der erste linke Nebenfluß der Oder, die Dypa, steigt noch. Das Hochwasser macht sich in der oberen Oder bereits bis zur Neibenbindung im Sietzen der Wasserkläufe an den Pegeln bemerkbar.

Das königliche Wasserbauamt teilt mit, daß wegen Hochwassers die Abflüsse der oberen kanalisierten Oder sofort geleget werden müssen.

**Polizeiordnung über den Straßenverkehr.**

Der Polizeipräsident hat unterm 30. Juni eine Polizeiverordnung über den Straßenverkehr erlassen, in der allerdings neue oder abgeänderte Vorschriften nicht enthalten sind, die vielmehr nur die bestehenden, bisher in verschiedenen Verordnungen verstreuten Vorschriften unter Ausmerzung aller Fremdwörter übersichtlich zusammenzustellen. Es sei darauf hingewiesen, daß der Verlag des Polizeiverordnungsblatts (Intelligenzblatt) Mitte der nächsten Woche die neue Verordnung über den Straßenverkehr in einer Sonderausgabe abdrucken wird, die von jedermann gekauft werden kann.

**Kindesmord?**

Der Polizeibericht meldet:

Am Montag früh fand ein Fußgänger in einem Busch auf einer Wiese der Gemarkung Marschwitz bei Deutsch-Wissa einen Korb, in dem die Leiche eines neugeborenen Kindes verpackt war. Sie mußte dort schon längere Zeit gelegen haben, denn sie war bereits stark in Verwesung übergegangen.

Der Fund wurde dem zuständigen Gendarm gemeldet, dessen Ermitteln an das Dienstmädchen Joha K., das sich in Marschwitz bei Verwandten aufgehalten hatte, als dringend verdächtig erscheinen ließen, das Kind geboren, getötet und aufgefischt zu haben. Das Mädchen war am 10. Juni bei einer Herrschaft am Salwatorplatz in Dienst getreten und wurde dort am Mittwoch von der hiesigen Kriminalpolizei, die von dem Gendarm benachrichtigt worden war, festgenommen. Das Mädchen ist geständig, das Kind am 9. Juni in Marschwitz geboren zu haben. Es behauptet aber, ihre Stunde habe sie übernacht, das Kind sei ihr entsallen, habe mit dem Schädel auf Steine aufgeschlagen, einen Schädelbruch erlitten und sei dadurch getötet worden. Da es den Vorfall geheimhalten wollte, habe es die Leiche in einen Korb gewickelt und längere Zeit im Hause verwahrt gehalten. Weil aber die verweidene Leiche durch ihren Geruch die Sache verraten konnte, habe das Mädchen den Korb auf die Wiese hinausgetragen und im Busch versteckt. Andere Personen seien bei ihren Handlungen nicht beteiligt gewesen. Ob die Aussagen des 22 Jahre alten Mädchens über die Todesursache ihres Kindes auf Wahrheit beruhen, das wird die gerichtsarztliche Untersuchung der Leiche ergeben.

**\* Rohe Mißhandlung.** Ein Friseur von der Matthiasstraße, der an einem der letzten Abende in Begleitung mehrerer junger Leute die Lauenfienstraße entlang ging, wurde von einem Studenten, der ebenfalls in Gesellschaft mehrerer Männer war, ohne Grund und Ursache ins Gesicht geschlagen. Als er sich das verbat, verjagte ihm ein Begleiter des Studenten wuchrige Diebe mit einem Etahlfisch über den Kopf, so daß er stark blutend zusammenbrach. Während der Verletzung zu einem Arzt gehen mußte, wurde der Täter auf die Polizeiwache geschafft, wo man seinen Namen feststellte.

**\* Heberfall.** Am Montag nachmittag wurde eine Privatwägerei von der Paulinenstraße, als sie in dem Hause Neue Matthiasstraße 2 die Treppe emporstieg, plötzlich von hinten gefaßt und zu Boden geschleudert. Der Täter entriß ihr dann ein Portemonnaie mit 28 Mk. und einen Stubenschlüssel, und ergreifend schleunigst die Flucht. Der Räuber ist etwa 20 bis 22 Jahre alt, 1,80 Meter groß, und war mit blauem Jackett, grauen Hosen und schwarzem Steifen Hut bekleidet.

**\* Raubdiebstahl.** In der Nacht zum Dienstag ist ein an der Dampfhaltestelle am Ohlauufer angehängter und mit Stricken befestigter Handbahn eines Ober-Leitungs-Assistenten gestohlen worden.

**\* Grober Rauf.** In der vergangenen Nacht kurz vor 2 1/2 Uhr ist der am Grundstück Schützenstraße 1 angebrachte öffentliche Feuermelder wieder unruhig eingeschlagen, abgezogen und die Feuerwehre dorthin gerufen worden. Auch in diesem Falle hat der Magistrat eine Belohnung von 50 Mk. für die Ermittlung des Täters ausgesetzt; Angaben werden an das Magistratsbureau erbeten.

**\* Beim Waschen verunglückt.** Eine auf der Gräblichnerstraße wohnende 70 Jahre alte Frau verunglückte vor einigen Tagen dadurch, daß sie in der Wäschkammer, wo sie allein anwesend war und Wäsche wusch, durch einen unglücklichen Zufall in ein mit heißer Lauge gefülltes Wäschschaff stürzte. Auf ihre Dürsterte kam die Hausmeisterin herbei, die die Frau aus ihrer unglücklichen Lage befreite und in die Wohnung brachte. Die Verunglückte hatte aber bereits schwere Verbrennungen im Gesicht und auf dem Rücken erlitten. Ein herbeigerufener Arzt stellte eine doppelseitige Lumenentzündung fest. Am 2. Juli ist die Frau an den Folgen der Verbrennungen gestorben.

**Theater, Vergnügungen und Konzerte.**

**Mitteilungen aus den Direktionsbüreau.**  
**\* Im Breslauer Schauspielhaus** wird heute und täglich die bei der letzten Premiere mit lebhaftem Beifall aufgenommene Posse „Filmauber“ durch das Berliner Theater-Ensemble zur Darbietung gebracht. Der Billerverkauf findet täglich eine Woche voraus von 10-2 Uhr statt.

**\* Lieblichs Stabliement.** Das allabendlich vollbesetzte Haus inbeld den einzelnen Darstellern der bereits heute zum 61. Male in Szene gehenden „Irtiläums-Revue“, „Breslau, so lechste aus“, zu. Den Ehrenanteil hat Henry Vender selbst mit seinen verschiedenen urkomischen Typen. Eine ebenfalls originelle Typen bringt Fr. Eleonore Boje als „modernes Dienstmädchen“. Ihre Erzählungen von ihren diversen Verwehren, im echten Königsberger Dialekt vorgetragen, entfesseln wahre Lachsalven. Der von Tag zu Tag zunehmende Besuch ist der beste Beweis für die Kraft der diesjährigen Revue. — Im Garten konzertiert die Kapelle des 21. Königlich-Regiments unter Leitung des Obermusikmeisters Schall.

**Aus Breslau (Land)-Neumarkt.**

**Groß-Moskern.** Die Wohnungsnot ist eine ständige Sorge der hiesigen Arbeiter. Aus den nichtigen Ursachen wird der Mieter an die Luft gesetzt und wenn er 25 Jahre beim Wirt wohnt. Das erfuhr ein Arbeiter, der sich erlaubte, über die nasse Wohnung zu klagen und Abhilfe zu wünschen. Aber noch wunderlichere Dinge passierten. So wurde einem Arbeiter gefündigt, weil seine Frau ihm Vorhaltungen über das Sitzen in der Kneipe der Wirtin machte und dadurch ihr Geschäft schädigte. Die Krone setzte aber ein Gutsbesitzer auf, der seinem Mieter kündigte, weil er sich erlaubte, seine Kohlen vom hiesigen Sparverein, dem er angehört, zu beziehen.

Diese Vorkommnisse sind eine ernste Mahnung an die Arbeiter, sich noch viel fester gegen diese Herrschaften zusammenzuschließen.

**Maria - Fischen.** Die Gemeindevereiner-Sitzung wird am nächsten Sonnabend, den 3. Juli, abends 7 Uhr, im Gasthause der Frau Müller abgehalten. Eine wichtige Tagesordnung liegt vor.

**Nein - Waffelweiz.** Die Bezirksversammlung war von 15 Genossen besucht. Genosse Denschel sprach über das Wahlrecht in Preußen. Nach Erledigung einziger Distriktsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen. Die Bezirksführer werden gebeten, die Mitgliedsbüchse einzusenden und abzurechnen.

**Ostwig.** Gemeindevereiner-Sitzung. Nach reichlicher Pause hielten unsere Vertreter heute bei Grünast eine Sitzung ab. Es fehlten die Vertreter Patsche und Freitag. Wegen Uebernahme und Unterhaltung des als Pfasterstraße erster Ordnung gedachten Weges von der Patsche der Elektrischen Straßenbahn bis zur Ginnmündung in den Wroßscher Weg gibt der Gemeindevorsteher bekannt, daß der Magistrat der Stadt Breslau keine Beihilfe gewährt. Er hofft aber, im nächsten Termin dennoch etwas zu erreichen. Einige Vertreter mündeten aber der Billigkeit wegen Chauvinierung des Weges mit erhöhtem Fußsteig. Demgegenüber erklärt Herr Winkler, daß die Kosten nicht wesentlich geringere sind. Man solle aus praktischen Gründen gleich etwas Ordentliches schaffen. Die Vertreter stimmen schließlich dem am 28. August u. J. gefassten Beschlusse bei, welcher dahin erweitert wird: Falls bei erneuter Verhandlung mit dem Magistrat nichts zu erreichen ist, übernimmt die Gemeinde die Ausführung des Projekts selbst. Allerdings wird die Straße dadurch wesentlich schmaler. Ueber Kosten und nähere Ausführungen beschließt eine spätere Sitzung. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung lag das Gutachten der königlichen Landesanstalt für Wasser - Hygiene vor. Schon vor zwei Jahren wurde an dieser Stelle auf den Wassermangel an Orte hingewiesen. Man glaubte damals, daß eine schädliche Einwirkung der Nieselsäure auf das Grundwasser vorliege und beauftragte die Anstalt mit der Untersuchung. Das Ergebnis der zweijährigen Arbeit liegt nun in einem 23 Seiten umfassenden

Gutachten vor, welches in der Hauptsache dahingehet, daß gesundheitsschädliche Einwirkungen auf das Trinkwasser nicht festgestellt werden konnten. Die Kosten betragen 6607,12 Mark. Außerdem wird vom Landrat jetzt die Anlegung von zwei Brunnen verlangt, zu welchen eine Kreiskasse von 2500 Mark in Aussicht gestellt wird.

Auf Wunsch einiger Vertreter soll der Gemeindevorsteher mit dem Magistrat in Verbindung treten, um eine Wasserleitung nach dem Dorfe zu ergreifen. Der Hausbesitzer Linze wünscht in seinem Hause einen zweiten Laden anzulegen. Nun liegt das Haus aber sehr weit im Weidungsplan der Straße 1. Die Versammlung erteilt die Genehmigung unter folgenden Bedingungen. Das Grundstück wird durch Ortsgericht auf seinen jetzigen Wert taxiert, dieser Grundbuchamtlich eingetragen, um etwa später vorkommende Entschädigungen nur nach dem jetzigen Wert zu zahlen. Dem Verkauf einer 2622 Quadratmeter großen Wiesenparzelle stimmen die Vertreter zu und beauftragen damit den Gemeindevorstand. In die Rechnungsrevisionskommission werden die Herren Desselmann und Stolle gewählt.

**Klein-Odern.** Pferd und Wagen gestohlen. Einem Händler aus Klein-Odern ist am 1. d. M. früh 6 Uhr Uhr auf dem Ring in Breslau, Siebenkurfürstentor, sein mit einem braunen Wallach ohne Abzeichen bespannter Plauenfleischwagen gestohlen worden.

**Neumarkt.** Ueberfall. Ein Zimmermann, der in diesen Tagen auf seinem Fahrrad von Neumarkt nach Diehdorf fahren wollte, wurde in der Nähe des Schönauer Weges von einem unbekanntem Manne angefallen, der ihm einen Stoß gab, daß er in den Graben stürzte. Er erlitt dabei einen schweren Armbruch und blieb hilflos liegen. Der unbekanntem Mann nahm nun das Fahrrad und fuhr damit fort. Das Rad trägt die Marke „Opel“ Nr. 386.463.

**Schlesien, Posen und Nachbargebiete.**

**Ohlau, 3. Juli.** Ein gräßlicher Unfall ereignete sich am Montag vormittag in Jauer hiesigen Kreise. Der Stellenbesitzer Steiner war mit dem Wif hren von Ries zum Chausseeaus besichtigt. Während er nun einen vollgeladenen Wagen aus der Kiesgrube herausfahren wollte, löste sich plötzlich eine große Erdscholle. Stürzte auf St. herab und verschüttete ihn vollständig; durch die Wucht war St. an ein Wagerrad gescheitert worden, er erlitt eine klaffende Wunde am Kopfe sowie mehrere Rippenbrüche und verschied vor Eintreffen des Arztes. Die Witwe Frau Steiner verlor bereits ihren ersten Mann vor vier Jahren durch einen Unfall.

**Westerwig, 3. Juli.** Die nächste Gemeindevereiner-Sitzung findet beim Gastwirt Veschel am Donners- tag, den 3. Juli, abends 7 Uhr, statt. Tagesordnung: Rechnungslegung für das Steuerjahr 1912. Einführung eines Orts- statuts und Verschiedenes. Die Sitzung ist öffentlich und jeder hat Zutritt.

**Mittel - Gutschdorf, 3. Juli.** Achtung! Wegen Erkrankung unseres Kolporteurs wird die Kolportage bis auf weiteres von Genossen Wilhelm Ulrich hier selbst übernommen, der auch Bestellungen auf die „Volkswehr“, den „Proletarier“, „Wahren Jakob“ und alle übrigen Parteichriften entgegennimmt.

**Strehlen, 3. Juli.** Gefahren der Arbeit. Am Freitag nachmittag verunglückte im Grummenborfer Steinbruch bei der Firma Leipziger u. Sohn der Steinarbeiter Gräbner aus Niasdorf bei Grottau durch herabfallende Steinmassen. Er stand in gebückter Stellung, sodaß ihm das Genick gebrochen wurde und er auf der Stelle tot war. Gräbner stand 14 Jahre als Großnecht auf dem Dominium Niasdorf im Dienst und war im hiesigen Steinbruch erst 14 Tage beschäftigt. Er hinterläßt eine Witwe mit 3 Kindern.

**Wotterberg, 3. Juli.** Schwer gebühte Unvorsichtigkeit. Der 24jährige Sohn des Hausbesizers Kühn hantierte unvorsichtig mit einem Leuchter. Die Waffe entlud sich und die Kugel drang in den Unterleib. Trotzdem im Krankenhaus an dem Schwerverletzten bald ein operativer Eingriff vorgenommen wurde, verstarb der junge Mann nach schweren Leiden.

**Reichenbach, 3. Juli.** 20jähriges Bestehen einer Jahresspille. Am 20. jährigen Bestehen blickt in diesem Jahre die hiesige Filiale des Deutschen Erz- und Arbeiterverbandes zurück. Aus diesem Anlaß soll am Sonnabend, den 28. Juli, im Gasthaus „Zum schwarzen Bär“ eine Festlichkeit stattfinden.

**Weigelsdorf (Kr. Reichenbach), 3. Juli.** Drei Selbstmorde in einer Familie. Nachdem erst vor kurzem der Farbereiarbeiter August Tilsch und seine Frau sich vergiftet hatten, hat sich auch am Freitag der Bruder Tilsch, der Appreturarbeiter Paul Tilsch, in der Bodenstammer seiner Wohnung erhängt. Die näheren Motive sind unbekannt, jedoch wahrscheinlich in Schwermut zu suchen.

**Aus aller Welt.**

**Mächtige Wälder und eine Stadt niedergebrannt.** Seit drei Tagen brennen die Wälder im Lemshamundistrikt in Nord-Dakota. Riesige Bestände sind vernichtet und die Stadt Carlton eingäschert worden. Auch anderen Städten droht die Einschüderung; die Telephon- und Telegraphenleitungen sind vernichtet worden. Die Eisenbahn muß weitemweit das Feuer durchfahren.

**Brindejonc auf dem Fluge nach Paris.** Der flieger Brindejonc ist, wie aus dem Haag berichtet wird, am Mittwoch um 8 Uhr 55 Minuten morgens bei starkem Wind und stürmendem Regen zur Fahrt nach Paris aufgestiegen. Eine große Menge Zuschauer wohnte dem Aufstiege bei. Brindejonc flog zu großer Höhe auf und verschwand in wenigen Sekunden den Blicken. Brindejonc beabsichtigt, in Rom pieguez zu landen.

**Das Festschiffwunder.** In Capaluz bei Caserta (Italien) wohnt ein gewisser Antonio Massimo zu dem Lente Kater, als ein Bettelmann aus dem Kloster der Madonna von Capaluz eintrat. Er bat die Spieler, ihm von ihrem Wette je zwei Gold für das bevorstehende Fest der Madonna zu spenden; aber der Vorschlag fand durchaus nicht die allgemeine Zustimmung. Möglichlich hielten einer der Spieler auf den Spielender der stürmenden Lampe und Lente Wunder über Wunder; er hatte in dem Spiel das Bild der Madonna von Capaluz erblendet. Die anderen Spieler schrien nach Wette zu wollen, dann aber waren auch sie von dem großen Wunder überzeugt. Die Nachricht verbreitete sich sehr im ganzen Orte, und alles eilte in Massimo's Schenke, um die Madonna im Kampfgelände zu sehen. Der Schenker mußte das gehörig aus, indem er, angeblich als Bettler für das Fest der Madonna, ein Glücksgeld von zwei Gold für den Spieler erblendet. Die Spieler gingen zusammen, und die Spieler zu dem Wunderbild wurde aufgefordert, nach dem Spiel zu gehen, wenn nicht ein tollerer Spieler auf den Boden gekommen wäre, mit dem Kater über den Spielender zu stehen, da sollte sich denn zum nicht geringen Wunder der schuldigen Spieler Schenke, daß die verurteilte Madonna nicht mehr war als ein großer Bettler auf dem Boden des Spielers. In Capaluz glauben sie nun noch heute an das Wunder.

**Vogrome in Posen.** In Ronschejew in Posen steckte eine Bande halbwüchziger Burchen sechs Häuser von Juden in Brand. Die polnische Bevölkerung weigerte sich, den Juden Hilfe zu leisten. Zu den Vorkararbeiten mußte Militär herbeigezogen werden. Die polnischen Dorfbewohner wollten schließlich mit Gewalt die Juden an der Vergang ihres Eigentums und namentlich der Thorarolle hindern. Die sieben verhafteten minderjährigen Burchen gaben auf der Polizei an, daß sie von Erwachsenden zu den Vorkararbeiten angestiftet worden seien.

**Schreckensstat eines Wahnsinnigen.** Eine schreckliche Tat ist in Frankfurt a. D. in der Nacht zum Mittwoch verübt worden. Der 56 Jahre alte Fabrikant Emil Gutmann, Mitinhaber der Maschinenfabrik H. Gutmann, hat seine schlafende Familie erschossen. Die beiden fünf und fünfzehn Jahre alten Töchter Dora und Lotte waren sofort tot, während die schwerverletzte Frau Gutmann auf dem Wege nach dem städtischen Krankenhaus ihren Verletzungen erlag. Gutmann brachte sich dann einen Schuß in die Schenke und mehrere Schnitte in das Handgelenk bei. Mit lebensgefährlichen Verletzungen wurde er in das städtische Krankenhaus gebracht. Gutmann soll in den besten Vermögensverhältnissen leben. Es wird angenommen, daß er den dreifachen Mord in geistiger Unmachtung verübte. Die Tat ist um so tragischer, als das Ehepaar erst vor kurzer Zeit seine silberne Hochzeit gefeiert hat.

**Ein achtjähriges Schulmädchen ertrinkt.** Bei dem Dorf Rensig in der Rheinprovinz ist am Dienstag ein Mädchen ertrunken. Vor wurde in der Nähe der Villa Growen die blutüberströmte Leiche eines Schulmädchens gefunden. Die Leiche wurde in die Villa gebracht und amorgen, und hierbei erkannte die Wirtin der Villa in der Toten ihre achtjährige Tochter, die sich vor einigen Stunden auf dem Weg zur Schule befinden hatte. Als der Tat bringend verdrückt wird ein unbekannter Mann verhaftet, der sich gefahren an der Mordstelle unheimlich und versuchte, Kinder an sich zu locken.

**Die tolle Bombe.** Auf einem Platz in Lissabon, wo drei Straßen zusammenstoßen, explodierte eine Bombe. Ein Kind, das sie anspannen wollte und sie fallen ließ, wurde in Stücke gerissen. Nach einem anderen Bericht lag das Kind bei der Bombe auf der Erde liegen, als mit dem Bomben einen und stürzte dadurch die Explosion herbei. Ein Arbeiter, der etwa 100 Meter vom Orte der Explosion entfernt war, wurde an der Brust verwundet.

**Wunderwetter und dem westlichen Italien.** Der 2. Juli war ein glänzender Tag. Der dem hiesigen Tag am besten zu nennen ist, der aus dem Anstalt unter dem Namen eines Tages zu verheeren verurteilt wurde. Er wird nun endlich als übergeben angesehen, daß die

mißgestaltete Faustina Wull eine Hege sei, die eine Bäuerin des Dorfes Graviola durch ihre Zauberkünste geknendet habe. Es habe einmal zwischen den beiden Frauen einen Faust gegeben, in dessen Verlauf die Wull ausrief: „Gott möge dich mit Blindheit schlagen!“ und ein trauriger Zufall wollte es, daß die so verurteilte Frau wirklich blind wurde. Instatt dies auf natürliche Ursachen zurückzuführen, schrieb man es der Zauberkunft der Hege zu, und als die Wull eines Tages an dem Hause der blinden Bäuerin vorüberging, wurde sie von deren Manne festgehalten und aufgefordert, den Zauber zu lösen. Während sie die Blinde: „Du hast mich begehrt! Jetzt mußt du mich wieder sehend machen!“ Bergelblich erwiderte die Wull, daß sie an allem unschuldig sei und ihr beim besten Willen das Gesicht nicht wiedergeben könne. Der Gatte der Blinden schenkte ihr keinen Glauben und rief drei Nachbarn herbei. Die vier Männer hüllten die Hege in ein Tuch und waren eben im Begriffe, sie in einen Backofen zu stecken, um sie zu verbrennen, als im letzten Augenblick das Schreien der Verurteilten gehört wurde. So scheiterte der verbrecherische Plan der vier Bauern. Der Gerichtshof billigte ihnen den Milderungsgrund der geminderten Zurechnungsfähigkeit zu. So fiel die Strafe sehr mild aus. Sie wurden zu einer Kerkerstrafe von sechs Monaten verurteilt, trotzdem der öffentliche Anlaß das fünffache Straußmaß verlangt hätte. Der Vorfall beweist eine traurige Zurückgebliebenheit von Leuten, die nicht etwa in einer weltabgelegenen Wildnis, sondern in der Nähe einer Großstadt wohnen.

Dafür ist aber auch Italien die Hochburg des Pfaffenwunsches.

**Kleine Notizen.**  
— Karl Weiser, der Schauspieler und Dichter, der seit zwanzig Jahren als Spielleiter am Weimarer Hoftheater tätig war, ist im Alter von 67 Jahren in Weimar gestorben. Er stammte aus einer Schauspielerfamilie und wurde selbst wieder statt des Theologen, den man aus ihm machen wollte, Schauspieler. Aus seiner bunten Bühnenlaufbahn ist besonders seine Teilnahme an den Gastspielen der Weiminger zu erwähnen. Auch als Lyriker und Dramatiker hat er sich vielfach versucht; zu nennen sind seine satirischen Dramen „Das Mammul“, „Kleine Fuchs“ sowie sein „Rabbit David“ und „Gulken“. Sein Bierdramenstück „Jesus“, worin er die christliche Legende rein menschlich behandelt, erregte vor einigen Jahren den Zorn der Bigotten und Staatskirchler. Die Zensur verbietet jede Aufführung im Kulturlande Weimar, selbst als sich ein besonderer Verein für die Aufführung in Gipsbach gebildet hätte.

— Eine Stadt ohne Karneval. In dem Wetter der beiden Städte, nächstes Jahr auf jeden Fall Karneval herauszubringen, will Halle nicht mitmachen. Die Stadtverwaltung lehnt die vom Magistrat bereckte bräutigam ab.



**Wiesbaden, 2. Juli.** Die Ortskrankenkasse der Gewerbetreibenden. Die Generalversammlung nahm das nach der Reichsversicherungsordnung abgeänderte Statut mit allen Stimmen an. Vom 1. Januar 1914 tritt daselbe in Kraft. Von da ab zählt die Krankenkasse Unterstützung an Ehefrauen und Kinder unter 14 Jahren auf 4 Wochen, ferner Wochenlohn und Sterbegeld bis zu 100 Mk. Auch sonst sind noch Vergünstigungen für die Mitglieder vorgesehen. Eine Innungskassen haben sich aufgelöst und sind der Ortskrankenkasse der Gewerbetreibenden beigetreten.

Gegen die „Volksfürsorge“ machen auch die hiesigen „Christlichen“ mobil. In der letzten Sitzung des evangelischen Arbeitervereins sprach der christliche Arbeitersekretär Stein-Breslau über die sozialdemokratische „fogenannte“ Volksfürsorge. Er empfahl den Beitritt zur „Deutschen Volksversicherung“, die „bedeutend billiger als die Volksfürsorge“ arbeite. In unerschöpflicher auch der Herr Pastor Lehmann. Was diese beiden Redner an „Argumenten“ verzapften, überstieg die Grenzen alles bisher Dagewesenen im Kampfe gegen die „Volksfürsorge“.

**Grätz, 2. Juli.** Zum Morde an dem Großschlichter Nothe wird berichtet, daß bei nochmaliger eingehender polizeilicher Durchsuchung der Wohnung des Viehhändlers Hoffmann das geraubte Geld dort aufgefunden wurde. Das Geld wurde sofort beschlagnahmt. Man vermutet, daß die Frau des Hoffmann, die bekanntlich gleich ihrem Manne Selbstmord verübt hat, Mitwisserin der Tat war.

**Jauer, 2. Juli.** Aus der Partei. Hier hat sich eine Frauen-Abteilung des sozialdemokratischen Vereins gebildet, die jeden Donnerstag nach dem 15. eines Monats, abends 8 Uhr, im „Grünen Adler“ ihre Versammlungen abhält. Vorsitzende ist die Genossin Jäckel, Schriftführerin die Genossin Tischner. Ein Vortrag des Genossen Wittig über das Thema: „Warum muß die Frau politisch und gewerkschaftlich organisiert sein?“ den sie in der letzten Versammlung hielt, wurde beifällig aufgenommen. Auch diese Versammlung brachte einige Neuaufnahmen.

**Schönlank, 2. Juli.** Ertrunken ist im Bagstersee der siebenjährige Fischergeselle Appelt beim Segelbootfahren. Der Verunglückte hatte sich das Boot selbst gefertigt.

### Aus Oberschlesien.

#### Aufgedeckter Schwindel.

In der ersten Woche des großen Bergarbeiterstreiks war die ganze bürgerliche Presse des Lobes voll, über die Ruhe und Ordnung im Industrierevier. Selbst die direkt unter dem Einfluß der Magnaten stehenden Zeitungen, wie die „Kattowitzer Zeitung“, konnte die Streikenden nicht genug loben wegen ihrer Friedlichkeit. Dies alles geschah mit Berechnung, denn man glaubte, der Streik wird nach einer Woche zusammenbrechen. Aber schon in der zweiten Woche wendete sich das Blatt. Tag für Tag wußte die „Kattowitzer Zeitung“ von Verlethungen, Bedrohungen und Verletzungen Arbeiterwilliger zu berichten. In ihrer eskandaliösen Phantasie ließ sie jeden Tag Streikbrecher mit zerschlagenen und zerbrochenen Knochen nach den Lazaretten transportieren usw. und schwere Strafen wurden angedroht.

Von dieser ganzen Phantasie ist fast nichts übriggeblieben, dies zeigte deutlich eine Verhandlung gegen den Bergarbeiter Otto Kollot aus Schoppin, der sich vor der Strafammer in Weuthen wegen Verlethung und Bedrohung Arbeiterwilliger zu verantworten hatte. Kollot stand für die polnische Berufsvereinigungsstreikposten. Ihm waren 50 Pf. pro Tag als besondere Entschädigung versprochen, doch hat er diesen Betrag — auch keinen Quittungszettel — bis heute nicht erhalten. Am 20. April soll er dem Grubenarbeiter Gnieloczyk mit dem Stocke bedroht und zugerufen haben: „Du Donnerwetter — gehst zur Arbeit.“ Der Angeklagte bestritt dieses und behauptete, den G. nur gegrüßt und zu ihm gesagt zu haben, warum er denn zur Arbeit gehe. Die Zeugenvernehmung fiel negativ aus und so wurde Kollot auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

**Weuthen OS., 2. Juli.** Töblicher Unfall durch Dammrutsch. Durch Unterspülung bei dem Regen am Dienstag stürzte im Bereich der Julienhütte in Dobreck bei Weuthen eine Gütten-Lokomotive die Böschung hinab. Der Lokomotivführer Viehuch wurde getötet, der Feizer Stefanides verkrüppelt, aber bald wieder freigelegt. Er trug leichte Verletzungen davon.

**Weuthen OS., 2. Juli.** Oberschlesische Bürgermeister auf Reisen. Kaum war die jetzt beschlossene Militärvorlage bekannt, als fast alle ober-schlesischen Bürgermeister nach Berlin abknapften, um an die Pforten des Kriegsmilitarismus anzuklopfen und anzufragen, ob ihre Städte nicht Garnison bekommen könnten. Vorläufig war die Anfrage vergebens, später könne Antwort darauf gegeben werden, lautete in der Regel der Bescheid. Als dann die Militärvorlage greifbarere Gestalt annahm, entfiel ein regelrechtes Wettfahren nach Berlin. Aus fast allen ober-schlesischen Städten führen die ersten Bürgermeister, die Stadtverordnetenvorsteher und meist noch ein auch mehrere Stadtverordnete nach dem Kriegsministerium. In langen Artikeln mußte die Lokalpresse der Stadt von den „Erfolgen“ der leitenden Stadtmänner zu berichten. Je näher die Entscheidung kam, umso klarer wurde es, daß die meisten Städte leer ausgingen, und daß nur Weuthen, Kattowitz, Gleiwitz und Tarnowitz etwas von dem neuen „Gegen“ erhielten. Grimm und Mut herrschte bei den Unterlegenen. Die plötzlich unerwartete Bewilligung der erst gestrichenen 3 Kavallerie-Regimenter hat nur wieder alle sich benachteiligt fühlenden Kommunen auf die Beine gebracht. Die Nachricht, daß Lublitz ein ganzes Regiment bekommen soll, will man nicht glauben und schon rüsten sich viele Bürgermeister, um wieder nach Berlin zu fahren. Sie wollen wenigstens für ihre Stadt eine Schwadron reiten. Natürlich wird das Jahrgeld wieder umsonst ausgegeben.

Allmählich scheint aber auch den „Siegern“ unheimlich zu murren zu werden. Denn es wird immer klarer, daß der Militärismus geradezu unglaubliche Forderungen an die neuen Garnisonstädte stellt. Die ohnehin schlechte Finanzlage der ober-schlesischen Städte wird und muß zu einer Katastrophe führen, wenn man bedenkt, daß so manche Stadt Summen, die von einer runden Million nicht weit entfernt sind, für die neue Garnison hergeben soll. Und wer weiß, ob nicht recht bald einige Bürgermeister zwar nicht nach Berlin fahren, aber doch „auf Reisen“ gehen, und den Steuerzahlern nicht nur die verschuldeten Kommunen, sondern auch noch das Zahlen der hohen Pensionen ihrer Bürgermeister a. D. überlassen.

**Schwenitzsch, 2. Juli.** Ablassfest und ein schlagende Rufe. Bei dem am Sonntag in Schwenitzsch stattgefundenen Ablassfest kam es abends am Marktplatz auf der Straße zu einer großen Schlägerei. Zwei Männer in den 30er Jahren gerieten auf der Straße miteinander in Streit, der schließlich in Tätlichkeit ausartete und für den einen der Beteiligten einen tödlichen Ausgang nahm. Verletzt wurde von seinem Gegner mehrere Male herant mit einem blauen Stock über den Kopf geschlagen, daß er mehrere stark blutende Wunden am Kopf davontrug. Zwei hinzukommende Gendarmen versuchten raschen Hilfe zu bringen, aber nach der Wache. Ob der rohe Patron auch Ablass für seine Tat erhält?

**Rögnitz, 2. Juli.** Zahlen, die eine vernehmbar Sprache reden. Die Todesursachen in unserer Stadt werden in der Statistik für das Geschäftsjahr 1912/13 wie folgt angegeben: Aindbettfieber 1, Scharlach 24, Masern und Röteln 21, Diphtherie 8, Keuchhusten 20, Schwindel und sonstige Lungenleiden 800, Magen-, Darm- und Leber- und Nierenkrankheiten 817, Selbstmord 11, Mord und Totschlag 2, Unglücke 13, sonstige Krankheiten 682, zusammen 1857.

Fast der vierte Teil aller Todesfälle ist allein auf die Volksleude, die Lungentuberkulose, zurückzuführen. Das ist eine fürchterliche Anklage gegen die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung, die den Armen die wichtigsten Nahrungsmittel fortlaufend verteuert. Bei dem geringen Verdienst, den die ober-schlesischen Arbeiter erzielen, ist es wirklich nicht zu verwundern, wenn die Lungentuberkulose in so erschreckendem Maße auftritt. Die unzureichende Nahrung und die übermenschlich langen Arbeitszeiten müssen sich rächen. Hier nugen alle Lungen- und Volksheilstätten nichts, obwohl deren Wert für die Volksgesundheit durchaus anerkennen, hier muß ein Radikalmittel angewandt werden, das in ausreichenden Löhnen und kurzer Arbeitszeit besteht.

Daß in einer Stadt wie Rögnitz mit seiner großen und gefährlichen Industrie nur 23 Personen bei Unglücksfällen ihr Leben eingebüßt haben sollen, klingt sehr unwahrscheinlich. Offenbar hat hier der Statistiker nur die sofort Getöteten aufgezählt, während die in den Krankenhäusern an den Folgen von Unfällen Gestorbenen bei der Statistik nicht berücksichtigt worden sind. Aber selbst hiervon abgesehen, reden die Zahlen Bände von den Gefahren der Arbeit.

**Rögnitz, 2. Juli.** Ein roher Patron. Vorgestern nachmittag geschah die Arbeiter Karl Lindner und August Hoebel miteinander. Aus unbekannter Ursache gerieten beide in Streit, wobei Lindner schwer verletzt wurde und zwar hatte er mehrere Wunden am Kopf. Hoebel konnte den bewußtlosen Lindner nicht los werden. Er wand ihm daher ein Handtuch um den Leib und schleppte ihn drei Treppen hinauf, dann durch den Hof bis zum Hausflur des Vorderhauses. Dort wollte er ihn liegen lassen, um den Hülfe zu erwirken, er hätte sich die Verletzungen selbst zugezogen. Lindner mußte schwer verletzt in das Krankenhaus geschafft werden. Hoebel wurde verhaftet. Lindner schwebt in Lebensgefahr.

**Gleiwitz, 2. Juli.** Gattenmord. In der Düngrube eines Zechenhauses der Dubensko-Grube bei Rybnik wurde die furchtbar zerfetzte Leiche des 36-jährigen Bergmanns Kubakha vorgefunden. Die Schädeldecke war eingeschlagen und der Hals durchgeschnitten. In der Wohnung wurden Blutspuren gefunden. Die Ehefrau ist unter dem starken Verdacht des Gattenmordes verhaftet worden.

**Neuhelms, 2. Juli.** Von der Elektrischen überfahren und getötet. Vorgestern Mittag wurde unweit der Haltestelle von Wolff in Neuhelms die siebenjährige Tochter des Kaufmanns Mroske, Sedanstraße 18, von einem Wagen der Kleinbahn erfasst und von dem Motor so schwer verletzt, daß der Tod sofort eintrat. Nach Zeugenangaben soll den Führer des Wagens keine Schuld treffen, weil das Kind selbstwärts in den Wagen hineinfliegt.

**Neudorf, 2. Juli.** Rache Rufen. Zwei junge Burken aus Neudorf bearbeiteten in angegrünem Zustande einen älteren Arbeiter mit Messern und anderen Werkzeugen, daß er blutüberströmt mit schweren Verletzungen am Kopf zusammenbrach. Der Verletzte wurde sofort in ärztliche Behandlung gegeben. — Während des Streiks, wo alle Destrillen geschlossen waren, hat man von solchen Rachegegnen nichts gehört.

### Parteiangelegenheiten.

**Personalmeldungen.** Aus der Redaktion der „Allenburg- und Volkszeitung“ (Schied Genosse Direktor aus. An seine Stelle trat Genosse Hermann Müller, langjähriger Redakteur von der Chemnitzer „Volksstimme“.

Genosse Wittich von der Frankfurter „Volksstimme“ trat am Montag die viermonatige Gefängnisstrafe an, die ihm auferlegt ist, weil die „Volksstimme“ zur Rede Wilhelm II. im Landwirtschaftskreis, in der er seine Erfolge als Landwirt rühmte und von dem hinausgeschmissenen Pächter von Cabinen sprach, ein paar Bemerkungen gemacht hatte, in welchen das Gericht eine Majestätsbeleidigung fand.

### Sport- und Körperpflege.

Ein neuer Schritt vorwärts auf dem Gebiete des Sports und Körperpflege in Arbeiterkreisen soll durch die Anstellung eines besoldeten Sekretärs der Zentralkommission für Sport und Körperpflege (Stz Berlin) gemacht werden. Geeignete Personen, welche genügende Kenntnisse des Arbeitersports besitzen, rednerisch und schriftstellerisch befähigt, auch agitatorisch und organisatorisch bewandert sind, können ihre Gesuche bis spätestens den 15. Juli dieses Jahres an die Zentralkommission für Sport und Körperpflege (A. Massa, Berlin-Regel, Schliesterstraße 80) mit der Aufschrift „Bewerbung“ einreichen. Das Anfangsgehalt beträgt 2400 Mk. und steigt jährlich um 100 Mk. bis zum Höchstgehalt von 3200 Mk.

### Neueste Nachrichten.

#### Der Krieg ist fertig!

**Belgrad, 2. Juli.** Die diplomatischen Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien sind nunmehr gestern nachmittag abgeschlossen worden. Dem bulgarischen Gesandten in Belgrad wurden gestern vormittag von der serbischen Regierung die Pässe zugestellt. Die Gesandtschaft soll gestern nachmittag nach Belgrad verlassen haben.

**Bukarest, 2. Juli.** Gestern ist der Mobilisierungsbefehl für die rumänische Armee herausgegeben worden. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß sich die Aktionen Rumaniens gegen Bulgarien sofort beginnen werden. Man erwartet schon für heute einen einschneidenden Angriff der rumänischen Armee auf die ihnen zunächst liegenden bulgarischen Stellungen.

**Saloniki, 2. Juli.** Gestern früh fand ein heftiger Zusammenstoß zwischen den Griechen und den Bulgaren in der Ebene von Langos statt. Bis nach 10 Uhr vernahm man ein starkes Geschützfeuer. Die Bulgaren waren schließlich gezwungen, sich unter starken Verlusten zurückzuziehen. König Konstantin von Griechenland weiß mit seinem ganzen Staate seit gestern früh an der Front.

#### Wie stellt sich die Türkei?

**Konstantinopel, 2. Juli.** Die türkische Regierung hat gestern und vorgestern mehrere längere Beratungen über die Haltung der türkischen Armee gegenüber den neuen Balkanstreitigkeiten abgehalten, doch wird über die türkischen Pläne bisher noch absoluten Stillschweigen beobachtet. Man weiß nur, daß die türkische Regierung beschlossen hat, die Er-

hebung aller zwischen der Türkei und den Balkanstaaten noch unerledigten, schwebenden Fragen einzuwickeln aufzuschieben und die Armee auf dem Kriegsfuß zu belassen.

### Grenzkämpfe.

**Belgrad, 2. Juli.** Hier herrscht große Erbitterung über das alles Väterrechtlich widersprechende Verhalten der Bulgaren während der Schlacht bei Jiblo. Auf dem Rückzuge ließen die bulgarischen Truppen ein mit der roten Kreuz-Flagge versehenes Lazarett zurück. Darin fand man eine größere Anzahl schwerverwundeter Offiziere und Mannschaften der serbischen Truppen, die sämtlich von den Bulgaren einfach niedergemetzelt worden waren. Einzelne der Unglücklichen waren förmlich zerfleischt. Die Wut der serbischen Soldaten über diesen Schurkenstreich kennt aus diesem Grunde keine Grenzen. Ueber den Ausgang der Kämpfe bei Jiblo wird noch bekannt, daß ungefähr 1000 bulgarische Offiziere und Mannschaften gefangen genommen worden seien. Der Transport dieser Gefangenen wird heute hier erwartet. Die Zahl der serbischen Toten ist noch nicht bekannt, die der Verwundeten soll ungefähr dreieihundert betragen. Aus allen Linien wurden die Bulgaren, die wiederholt heftig angriffen, von den serbischen Truppen, die mit großer Erbitterung kämpften, zurückgeschlagen. Der Rückzug der bulgarischen Armee war hier schließlich ein allgemeiner und artete stellenweise in regellose Flucht aus.

### Zwei Reichstagsnachwahlen.

**Landenwalde, 2. Juli.** Bei der gestrigen Reichstagswahl wurden bisher gezählt: für Herrmann (Fortschr. Vpl.) 888 Stimmen, für Derzen (Apt.) 8808 und für Ewald (Soz.) 12 687 Stimmen. Da die verschiedenen noch ausstehenden Bezirke in ihrer überwiegenden Mehrzahl noch den rechtsstehenden Kandidaten gewählt haben dürften, ist Stichwahl zwischen Derzen (Apt.) und Ewald (Soz.) als sicher anzunehmen.

**Stendal, 2. Juli.** Bei der gestern stattgefundenen Reichstagsnachwahl erzielten Böhm (Bauernbund) 6 667 Stimmen, von Röcher (Fortschr.) 6 978 Stimmen, Schulz (Fortschr.) 4 048 Stimmen und Bergmann (Sozialdemokrat) 1 918 Stimmen. Zwei kleine Landbezirke stehen zurzeit noch aus, können aber am Ende Ergebnisse: Stichwahl zwischen Röcher (Fortschr.) und Böhm (Bauernbund) nicht mehr ändern.

Offenlich gelingt es, beide Kreise den Reaktionären, die bis bisher besessen haben, in der Stichwahl zu entreißen.

### Brindejone bei Paris gelandet.

**Paris, 2. Juli.** Brindejone de Moulins ist um 4 Uhr 20 Minuten in Villacoublay bei Paris gelandet, wo er von einer großen Menschenmenge empfangen wurde. General Dirschauer, der Direktor des Militärflugwesens, ließ den Piloten auf französischem Boden willkommen.

### Flieger abgestürzt.

**Spernan (Frankreich), 2. Juli.** Der Monier-Flieger Bouchertier stürzte mit seinem Apparat ab und wurde schwer verletzt. Sein Fluggast, ein Hauptmann, war sofort tot.

### 250 000 Mark im Interdikt.

**Danzig, 2. Juli.** Der inzwischen verhaftete Vorsteher der Danziger Depostenkasse Ribbig hat bei einer Freundin in Danzig 250.000 Mark versteckt gehabt, die gestern von der Kriminalpolizei in einem Kleide dieser Dame eingekantet vorgefunden wurden, als unerwartet in deren Wohnung eine strenge Haus-suchung vorgenommen wurde.

### Große Hitze.

**New York, 2. Juli.** Die Hitze hat gestern in Chicago 38 Todesfälle zur Folge gehabt. Die Temperatur schwankte zwischen 87,8 und 82,3 Grad Celsius im Schatten. In New York schreibt man einen Selbstmord der Hitze zu. In Philadelphia herrscht derartige Wärme, daß die Gäste in den Restaurants in den Hemdsärmeln sitzen.

### Ist's der Richtige?

**Dresden, 2. Juli.** Auf dem Dresdener Hauptbahnhof wurde gestern der stellenlose Buchbinder Friedrich Glasen verhaftet, nachdem er kurz vorher die Verkaufertin eines Wädeladens mit einem Revolver bedroht hatte, falls sie an ihn nicht die Ladefasse herausgäbe. Der festgenommene Räuber Friedrich Glasen ist erst 28 Jahre alt. Er ist erst vor drei Tagen aus Wien in Dresden angekommen. Die Beschreibung des Glasen stimmt übrigens mit der Personbeschreibung des Unbekannten sehr überein, der am 9. Juni die Dirne Schmidt ermordet hat. Da auch andere sonstige Umstände einen Zusammenhang Glases mit dieser Morbstiftung als sehr wahrscheinlich erscheinen lassen, nimmt die Dresdener Kriminalpolizei an, daß Glasen der gesuchte Mörder der Prostituierten Schmidt ist.

### Eine Million Schadenersatz für ein Cheveripreden.

**London, 2. Juli.** Das Urteil in dem Prozeß der Schanpelerin Markham gegen den Lord von Sampson wegen Wuchers des Cheveripredens wurde heute gefällt. Der Lord wurde zu einem Schadenersatz von 1 Million und Ertragung sämtlicher Kosten verurteilt.

### Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand				
Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand	Wasserstand				
3.7.10.101	3.04	4.23	0.013	8.613	5.24	5.671	1.591	1.515	0.08	1.42	10.50	—	
2.7.10.101	1.80	2.86	0.32	5.801	1.321	4.48	2.01	0.44	0.14	4.72	2.02	10.10	0.68
Mittel	11.86	0.98	1.12	0.42	2.46	2.07	1.07	1.88	1.56	5.00	0.14	1.88	0.45

### Wetternachrichten der Universität Sternwarte.

Wetter	1. Juli	2. Juli	3. Juli	4. Juli	5. Juli
Barometer (0)	743.7	743.7	743.7	743.7	743.7
Lufttemperatur (Mittel)	10.5	9.8	8.8	8.7	8.1
Lufttemperatur (Max)	10.5	9.8	8.8	8.7	8.1
Lufttemperatur (Min)	10.5	9.8	8.8	8.7	8.1
Windrichtung	SW	SW	SW	SW	SW
Windstärke	SW	SW	SW	SW	SW

Jur. Redaktion auf Verresnotizen sind 13.1 mm Regen.

### Aus der Geschäftswelt.

Die gesamte Leitung der Zepplin-Delegationen — außer die für das Wiedereröffnen der Luftschiffe — hat die bekannte Firma J. G. G. & Co. übernommen. Die Zepplin-Delegationen sind nunmehr in die Hände der J. G. G. & Co. übergegangen. Das schwebende Luftschiff ist lobend anzuerkennen.







# Der Waldenburger Meineidsprozeß.

## Das Urteil.

Nach einem uns zugegangenen Privat-Telegramm wurde das Urteil am Mittwoch spät abends gefällt.

**Soffmann wurde zu 18 Monaten, Weichelt zu 15 Monaten Zuchthaus und beide zu drei Jahren Ehrverlust verurteilt. Osterroth wurde freigesprochen.**

## 2. Verhandlungstag.

Schweidnitz, 1. Juli 1918.

Dienstag vormittag 9 Uhr werden die Verhandlungen fortgesetzt. Es wird in der Zeugenvernehmung fortgefahren. Vor Eintritt in die Verhandlungen erklärt der Vorsitzende, daß nicht daran zu denken sei, daß die Verhandlungen Dienstag zu Ende geführt werden könnten. Auf den Hinweis des Verteidigers, daß die Verteidigung Mittwoch nicht verfügbar sei, erklärt der Vorsitzende, daß er sich weitere Entschlüsse vorbehalten würde.

Als erste Zeugin wird Genossin Aufzage aufgerufen. Ueber die fragliche Sitzung, in der über die Verwendung der Gallaschbriefe beschloffen wurde, kann Zeugin nichts bezeugen.

Genosse Aufzger, der Johann als Zeuge vernommen wird, ist seit Gründung der „Bergwacht“ Redakteur derselben. Zeuge hat an der fraglichen Sitzung teilgenommen. Auf Einzelheiten kann sich Zeuge nicht erinnern, er bekundet aber, daß damals beschloffen wurde, daß die Gallaschbriefe nicht in der „Bergwacht“ veröffentlicht werden, sondern als Flugblatt herauskommen sollten. Der Zeuge bekundet, daß er nur vom Göttertag wisse, daß das Flugblatt von Soffmann, Weichelt und Köhler gefügt worden sei; wann und von wem es gedruckt worden sei, kann Zeuge nicht bekunden.

Ueber das persönliche Verhältnis zwischen Osterroth einerseits und Schiller und Aufzger andererseits wird sowohl Zeuge, als auch Genosse Schiller nochmals vernommen. Beide Zeugen bekunden, daß das Verhältnis zwischen ihnen und Osterroth ein gespanntes war, und daß ihre Haltung bezüglich der Verwendung der Gallaschbriefe daran mit schuld war. Ueber weitere Angaben nach dieser Richtung lehnt Schiller die Aussage ab. Er bittet den Präsidenten, ihm die Beantwortung solcher Fragen, die namentlich vom Angeklagten S. gestellt werden, zu erlassen, da es eine Frage des Falles sei, im Angehört der bürgerlichen Presse über gewisse Internen zu reden oder nicht zu reden. Der Präsident kommt diesem Wunsche nach.

Der nächste Zeuge, Genosse Tholl, wird über die Sitzung vom 2. Januar, sowie darüber vernommen, ob er wisse, von wem und wann das Flugblatt gefügt und gedruckt worden sei. Ueber letzteren Punkt kann Zeuge nichts bezeugen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob Köhler tatsächlich ein so großer Trinker gewesen sei, erklärt der Zeuge, daß er wiederholt nach dieser Richtung hin sich schwer vergangen habe. Ueber die politische Befähigung Köhlers befragt, bemerkt Zeuge, daß er Köhler für einen Neuling im politischen Leben gehalten habe. Auch dieser Zeuge bekundet auf Veranlassung des Angeklagten Osterroth, daß das Verhältnis zwischen Osterroth und der Redaktion der „Bergwacht“ ein unliebsames gewesen sei.

Zeuge Kabisch ist bis April 1912 Redakteur der „Bergwacht“ gewesen. Der Zeuge hatte von dem Inhalt der Gallaschbriefe Kenntnis. Der Zeuge wird ebenfalls über das vernommen, was in der Sitzung vom 2. Januar beraten und beschloffen worden war, auch darüber, daß die Beschlässe speziell betreffs der Gallaschbriefe vertrauliche waren. Ueber die Herstellung des Flugblattes kann Zeuge nichts wesentliches bezeugen. Zeuge bemerkt aber, daß er das Manuskript des Flugblattes in den Händen gehabt habe und zwar vor dem Satz, ob er es von Osterroth erhalten habe, kann Zeuge nicht bekunden.

## Die Vernehmung Köhlers.

Sodann wird der frühere Expedient der „Schlesischen Bergwacht“, Schriftsetzer Köhler, vernommen. Er war vom 1. Oktober 1911 bis 1. Oktober 1912 Expedient der „Bergwacht“. Köhler will durch die Presse erfahren haben, was Soffmann in dem Strafverfahren gegen Weichelt ausgesagt hatte. Köhler will orientiert gewesen sein über das, was Soffmann von der Sache wußte. Da seiner Meinung nach das, was S. ausgesagt hatte, nicht mit dem übereinstimmte, was S. tatsächlich wußte, so erstattete er gegen S. Anzeige wegen Meineides. Während Köhler vernommen wird, konstatiert der Vorsitzende zwischen seinen heutigen Aussagen und denjenigen, die er im Ermittlungsverfahren gemacht hatte, einen Widerspruch. Es handelte sich darum, wann Genosse Osterroth das Manuskript des Flugblattes auf die Redaktion gebracht hatte. Am 8. März sagte nämlich der Zeuge laut Protokoll, daß das Manuskript am Tage vor dem Sehen von Osterroth in der Redaktion abgegeben worden sei, während er heute bekundet, daß Osterroth am selben Tage, an welchem abends das Manuskript in Druck gegeben worden sei, es in der Redaktion und zwar an Weichelt abgegeben habe. Auch hatte der Zeuge bes bezeugen behauptet, daß Genosse Michaelis bei dieser Gelegenheit anwesend gewesen wäre, während er gleich darauf bekundet, daß es Aufzger gewesen sei. Der Zeuge gibt weiter Auskunft über die Art und den Beginn des Sehens. Er behauptete, daß sowohl er, als auch Soffmann und Weichelt das Flugblatt gelesen habe. In der Nacht vom 4. zum 5. Januar sei das Flugblatt gefügt und in der folgenden Nacht gedruckt worden. Der Zeuge bekundet weiter, daß Genosse Osterroth einen Bürtienabzug erhalten, denselben gelesen und ihm mit Korrektur versehen wieder zurückgegeben habe. An der vorgenannten Korrektur habe er die Handschrift Osterroths erkannt. Zeuge nimmt an, daß Weichelt den Abzug zu Osterroth hingetragen habe. Osterroth soll auch angeordnet haben, daß alle Abzüge, Makatur usw. sofort vernichtet werden sollten. Sowohl beim Sehen, als auch bei der Drucklegung des Flugblattes soll nach den Bekundungen des Zeugen der Geschäftsführer des Konsumvereins, Genosse Zittel, anwesend gewesen sein. Zur weiteren Verlaufe der Vernehmung des Zeugen werden die Ursachen seiner Entlassung, sowie diese selbst des längeren erörtert. Am 16. August wurde dem Zeugen gekündigt, der aus diesem Grunde gegen die Verwaltung der „Bergwacht“ eine Lohnklage anstrengen wollte, doch nahm der Arbeitssausschuß die Sache in die Hände. Sodann erörtert der Vorsitzende mit dem Zeugen

## die 1500 Mark-Affäre.

Der Vorsitzende hält dem Zeugen vor, daß er gelegentlich eines Wirtshausgesprächs die Versicherung getan haben soll, daß ihm 1500 Mark besprochen worden seien, wenn er die ganze Bande meinelidig mache. Zeuge stellt dies in Abrede, er behauptet vielmehr, daß er sich die 500 Mark wegen des Meineids

stahls habe verdienen wollen. Ähnliche Gespräche soll der Zeuge auch mit anderen Zeugen, so z. B. mit dem Bergmann Soffmann und dem Bergbauer Rudolf Schael aus Ober-Altmasser geführt haben.

Am 24. Februar trat Köhler in die Druckeret des „Neuen Tageblattes“ als Schriftsetzer ein. Köhler hatte vorher um eine solche Stelle beim Chefredakteur Hippold beworben und diesem gegenüber Mitteilungen über das Zustandekommen des Flugblattes gemacht. Hippold fragte den Zeugen, ob er nicht wisse, was er als Ehrenmann zu tun habe,

## worauf Köhler die bekannte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattete.

Auf Befragen des Verteidigers, Justizrat Mamroth, muß der Zeuge zugeben, daß er auch später noch zu Hippold gegangen sei und diesen verschiedene Mitteilungen gemacht habe. Auf die Frage des Verteidigers, ob er, der Zeuge, davon irgend welche Vorteile gehabt habe, erklärt der Zeuge: „Nein! Aber Sie wurden doch angestellt“, meinte der Verteidiger, „das war doch ein Vorteil!“ Der Zeuge gab dieses nunmehr zu. Auf die weitere Frage des Verteidigers, wie er dazu gekommen sei, auch später noch über diese Sachen mit Hippold zu sprechen und noch seine Schwester mitzunehmen, bekräftigte Zeuge, daß er noch verschiedene ergänzungen wollte. Auch hatte Hippold gesagt, wenn ihm noch verschiedene einfallen, solle er hinkommen. Ueber sein Wissen bezüglich

## des Meineidsstahls

befragt, erklärt Zeuge, daß er aus verschiedenen Neußerungen entnommen habe, daß es Gallasch gewesen sein müsse. Damit ist zunächst die Vernehmung dieses Zeugen beendet und es erfolgt die Vernehmung der Zeugen, mit denen Köhler über die 1500 Mark-Affäre gesprochen hatte.

Die Zeugen Altmasser Schindler, die Bergleute Soffmann, Schael und Kerschke bekunden übereinstimmend, daß Köhler zu ihnen gesagt habe, ihm seien 1500 Mark besprochen worden, wenn er die ganze Bande aus der „Bergwacht“ meinelidig mache. Am 30. November leitete der Richter Schindler in das Lokal „Zur Erholung“ ein. Köhler war ebenfalls da. Er schimpfte, über seine Entlassung befragt, mächtig auf die „Bergwacht“, insbesondere auf Weichelt, den er mit „du und es das“ und mit „Affe“ bezeichnete und er meinte weiter, daß er sich die Sache nicht gefallen lasse, er mache die ganze Bande meinelidig. 1500 Mark seien ihm geboten worden, aber er wolle den Judaslohn nicht haben, aber Brot muß er haben und leben will er auch.

Der Vorsitzende hält nunmehr dem Zeugen vor, daß Köhler diese Neußerung bestritten habe, worauf der Zeuge erklärt, daß er alles aufrecht erhalte.

Der Zeuge Bergbauer Soffmann bekundet dasselbe und der Zeuge Schael führt noch weiter aus, daß Köhler gesagt habe, ihm seien 1500 Mark angeboten worden, wenn er die Geheimnisse der Bergwacht an die Reinborff-Partei verrate.

Zeuge Bergbauer Kuschke bekundet, daß Köhler einmal dem Zeugen Schindler gegenüber im „Grünen Baum“ bestritten hatte, von den 1500 Mark gesprochen zu haben. Er soll gesagt haben, das ist Unfalsch, ich will keinen Judaslohn, ich bleibe was ich bin, auch wenn die in der „Bergwacht“ mich rausgeschmissen haben.

Bei der Vernehmung der Zeugin Arbeiterin Frida Goldbach, die in der „Bergwacht“ beschäftigt ist, wird für die Dauer dieser Vernehmung

## die Öffentlichkeit ausgeschlossen,

mit Ausnahme der Presse. Zeugin bekundet, daß sich Köhler ihr wiederholt in unlauterer Absicht genähert habe. Sie sei von ihm angesprochen worden, indem er sie zur Qualung des Geschlechtsverkehrs zu bestimmen versucht habe; auch habe er sie des Altmasser angefaßt, um seine Absicht auszuführen. Einmal sei es auch zum Geschlechtsverkehr gekommen. Diese Vorgänge haben sich in den Räumen der „Bergwacht“ abgepielt. Anzeige habe sie gegen Köhler nicht erstattet. Diesen Bekundungen gegenüber behauptet Köhler, daß die Zeugin mit allem Enderbunden gewesen sei, was diese jedoch bestritt. Der Vorsitzende bemerkt, daß hierüber noch weitere Beweiserhebungen stattfinden werden.

Nach Vernehmung dieser Zeugin wird in die Mittagspause eingetreten.

Zu Beginn der Nachmittagsitzung macht der Zeuge Kabisch weitere Bekundungen über die unstatlichen Verfehlungen des Expedienten Köhler.

Bezüglich des Flugblatt-Manuskripts, das zu Beginn der Nachmittagsverhandlung eine längere Aussprache zeitigt, bekundet der Angeklagte Osterroth, daß es ganz ausgeschlossen sei, daß er mittelst Handschrift irgendwelche Schriftsätze angefertigt haben könne; auch Randbemerkungen an dem Flugblatt-Manuskript habe er nicht vorgenommen. Daß der Angeklagte alles in die Schreibmaschine diktiert habe, wird von der Zeugin Fräulein Gertrud Michaelis bezeugt.

Sodann wird der Zeuge Polizeiergeant Soffmann aus Altmasser befragt, der über den Zeugen Köhler und dessen Schwester bezüglich deren Leumundes Erkundigungen einzusetzen hatte. Zeuge, der sich bei verschiedenen Hauswirten und Hausleuten erkundigt hatte, bekundet, daß ihm im allgemeinen gerade kein ungünstiges Urteil über Köhler und auch über dessen Schwester zu Ohren gekommen sei. Bezüglich der alkoholischen Ergriffe hatte Zeuge nicht bestimmte Fragen gestellt. Auch der Zeuge Hippold kann nichts Nächstliches von Köhler bekunden.

Es wird sodann die Schwester des Expedienten Köhler, Fräulein Hedwig Köhler, die im Vorjahre in der „Bergwacht“ beschäftigt war, als Zeugin vernommen. Zeugin bekundet, daß Soffmann, Weichelt und ihr Bruder, als sie am Morgen nach der Nacht, in welcher das Flugblatt gefügt wurde, gegen 6 Uhr in die Seheret gekommen war, noch gearbeitet hätten. Zeugin will auch gehört haben, daß gesagt wurde, nun kann die Polizei kommen. Das war aber erst am anderen Morgen gewesen. Sie will auch gesehen haben, wie der Angeklagte Soffmann das Manuskript mit einigen Blättern zusammen unter in ein Stübchen gelegt habe. Auf eine Frage des Verteidigers wird festgestellt, daß

## auch diese Zeugin bei Hippold gewesen ist.

Aus den Akten geht hervor, daß sie damals gefügt habe. Sie habe das Flugblatt gelesen, wie es aus der Maschine frisch herausgekommen war. Zeugin Köhler erklärt, daß das nicht der Fall gewesen sei. Zeuge Hippold gibt hierzu die Erklärung, daß im Sinne nach so etwas gesagt worden sein müsse. Verteidiger Justizrat Mamroth behält sich vor, auf diese Angelegenheit nochmals zurückzukommen zu wollen.

Es folgt sodann die Vernehmung des Zeugen Schriftsetzer Naumann-Pötschke, der zunächst über die persönlichen Verhältnisse in der Seheret und über die Nacht der Seheret

sowie über die Arbeitsstellung in der Seheret vernommen wird. Auch dieser Zeuge will, vom Vorsitzenden befragt, gesehen haben, daß Soffmann, Weichelt und Köhler das Flugblatt-Manuskript gefügt hätten. Wenigstens hat Zeuge am 30. April vor dem Untersuchungsrichter nach dieser Richtung hin eine diesbezügliche Aussage zu Protokoll gegeben. Auch will er das Manuskript und den Satz, soweit er fertig war, oberflächlich gelesen haben. Ebenfalls laut Protokoll des Untersuchungsrichters. Zeuge meint, daß es wohl so gewesen sein müsse, da ihm bei seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter ähnliches aus anderen Protokollen vorgelesen worden sei. Weiter gibt Zeuge Auskunft über Maschinen- und Handhabung und er ist der Meinung, daß man sich vor dem Satz das Manuskript durchlesen müsse. Des Weiteren ist Zeuge der mit ziemlicher Bestimmtheit gedehnten Meinung, daß das Flugblatt-Manuskript nicht handschriftlich, sondern durch Maschine hergestellt worden sein müsse. Zeuge Köhler, vom Vorsitzenden hierauf aufmerksam gemacht, kann sich nicht entschließen, seine Aussage, daß das Manuskript handschriftlich hergestellt war, zu korrigieren. Der Verteidiger stellt in Aussicht, daß zwecks Klärung dieser Frage er sich vorbehalten, das betreffende Maschinenfräulein, die das Manuskript auf der Schreibmaschine geschrieben hat, als Zeugin laden zu lassen.

Der Zeuge Schriftsetzer Lange kann nicht mit Bestimmtheit sagen, ob das Manuskript handschriftlich oder auf maschinenschriftlichem Wege hergestellt worden sei. Einen breiten Raum nehmen in diesem Stadium des Prozesses die Erörterungen über die Frage ein, ob es gar so auffällig sei, daß die beiden Angeklagten Weichelt und Soffmann nebst dem Zeugen Köhler den Satz des Manuskripts bei nächstlicher Zeit vorgenommen hätten. Nunmehr wird in die Vernehmung des Zeugen

## Regierungsrat G. D. Reinborff

zu Schloß Waldenburg eingetreten. Der Vorsitzende teilt dem Zeugen mit, daß gesagt werde, Köhler seien 1500 Mark versprochen worden, wenn er die „Bergwacht“-Geheimnisse an die Reinborff-Partei verrate. Zeuge erklärt, daß von seiner Person ein derartiges Angebot nicht gemacht worden sei, auch nicht von anderer ihm naheliegender Seite. Zeuge gibt zu, daß zwecks Ermittlung des Meineides eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt worden sei, aber eine Mitteilung hierüber sei nur den Beamten gemacht worden. Die Möglichkeit, daß von dieser geheimen Maßregel etwas in die Öffentlichkeit gelangt sei, hält der Zeuge für nicht gut möglich, da zeitlich zwischen der jetzigen Affäre und dem Meineidsfall ein großer Zwischenraum liege.

Es wird sodann als Zeuge der Geschäftsführer Fritz Zittel vernommen. Der Vorsitzende wünscht zunächst Auskunft darüber, ob der von ihm geleitete Konsumverein sozialdemokratisch sei. Zeuge erklärt, daß es sozialdemokratische Konsumvereine überhaupt nicht gebe und auch der von ihm geleitete kein solcher sei. Die Frage, ob er, wie Köhler unter seinem Solde behauptet, in jener Nacht Wein und Zigarren gespendet habe, stellt Zeuge entschieden in Abrede. Zu weiteren wird der Zeuge über die Beschlässe der Vorstandssitzung vom 2. Januar sowie über den Satz des Flugblattes vernommen. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er einmal des Nachts nicht doch Wein und Zigarren spendiert habe, erklärt Zeuge, daß das nicht in der Nacht, wo das Flugblatt gefügt, sondern in jener Nacht, wo das Flugblatt gedruckt worden sei, vorgekommen sein könne. Es sind da den Druckern Erfrischungen gereicht worden. Auch dieser Zeuge wird über das Verhältnis Osterroth zu seinen Mitarbeitern vernommen und er bekundet, daß nicht nur Osterroth, sondern auch er selbst angefaßt worden wäre. Ueber die geschäftlichen Qualitäten des Expedienten Köhler befragt, schildert der Zeuge die Zustände, wie sie durch die absolute Unfähigkeit des Köhler sich herausgebildet hätten. Der Vorsitzende hält dem Zeugen bar aufhin vor, daß dem entlassenen Köhler vom „Bergwacht“-Verlag bei seinem Abgange ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt worden sei. Der Vorsitzende legt das Zeugnis vor. Zeuge erklärt, daß Köhler dieses Zeugnis nicht zu Recht erhalten habe; lebhaft durch die Unmöglichkeit des Angeklagten Weichelt habe er es erhalten. Es ereignet sich jetzt

## ein bemerkenswerter Zwischenfall.

Der die Glaubwürdigkeit des Zeugen Köhler in ein sonderbares Licht stellt. Köhler behauptet gegenüber dem Zeugen Zittel, daß dieser im Januar 1912 nach Garmisch in Neu-Salzdamm gewohnt habe. Demgegenüber erklärt Zeuge Zittel, daß er bereits im Dezember 1911 von Gottesberg nach Neu-Salzdamm mit seiner Familie gezogen sei.

Sie befragt der Verteidiger Justizrat Mamroth, daß diese Aussage Köhlers wirklich ins Protokoll aufgenommen werden solle. Dieses lehnt der Vorsitzende ab. Nunmehr beantragt der Verteidiger, wenigstens seinen Antrag zu protokollieren, auch das Lehnen der Vorsitzende ab. Auch der weitere Antrag des abwesenden Standpunkts des Vorsitzenden zu protokollieren, lehnt der Vorsitzende mit dem Hinweis ab, daß das einen Eingriff in seine Geschäftsführung bedeute. Der Verteidiger behält sich weiteres vor.

Die Zeugen Lange und Sawantia werden über den Druck des Flugblattes vernommen. Letzterer bekundet, daß er und Lange von Weichelt am Nachmittag des 5. Januar aufgefordert worden seien, am Abend nochmals wiederzukommen, es sei ein Flugblatt herzustellen. Eine weitere Auskunft über die Herstellung des Satzes kann Zeuge nicht geben.

Ueber dieselbe Angelegenheit wird als Zeuge der Schriftsetzer Erschüre vernommen. Zeuge bekundet, daß ähnliche Flugblätter auch für andere Wahlkreise hergestellt worden seien und daß er nicht genau sagen könne, ob er bei Herstellung dieses Flugblattes mitgewirkt habe. Der Vorsitzende hält dem Zeugen noch vor, daß er im Vorverfahren bekundet habe, daß die Angeklagten Soffmann, Weichelt und der Zeuge Köhler bei Herstellung des Satzes mitgewirkt hätten; allerdings sollte das nur eine Vermutung sein. Zeuge wird sodann befragt über seine Bemerkungstätigkeit als Obmann des Arbeitersausschusses im Falle Köhler. Als letzterer entlassen worden war, kam auch zur Sprache daß Köhler Anzeige wegen Meineids machen wollte, worauf Weichelt erwidert haben soll, daß er nicht zu bestrafen habe. Der Angeklagte Osterroth nimmt Gelegenheit, den Zeugen über seine (O.) Stellung zum Sekretär zu befragen. Der Zeuge muß zugeben, daß das Sekretariat dem Angeklagten Osterroth gerade nicht in der Hand gewesen war.

Schriftsetzer Naumann, als Zeuge vernommen, sagt aus, daß die Angeklagten Soffmann und Weichelt sowie Köhler wiederholt mitgearbeitet hätten, allerdings soll das nicht allzu oft vorgekommen sein.

Der Zeuge Schriftsetzer Gullig wird darüber befragt, ob er etwas besonderes sich dabei gedacht habe, daß der Satz des Flugblattes unter einem Geheimtag gefügt worden sei. Der Zeuge verneint, denn der Satz wurde in einem Raum gefügt, wo sich die Arbeiter fanden. Zur Meinung des Zeugen, daß es kein sonderbar vorgekommen sei, daß er und auch die anderen Sekretäre bei Herstellung dieses Satzes übergegangen worden seien.



Die Streikbewegung im südbayrischen Randgebiet. Alle Arbeiter der East Rand Proprietarische Grube legten die Arbeit nieder. Der Generalgouverneur Gladstone traf in Pretoria ein und hatte eine lange Unterredung mit Premierminister Botha.

Die ausführenden Ausschüsse des Bergarbeiterverbandes und der Gewerkschaftsverbände entschieden einstimmig für den Generalstreik aller Bergleute, welcher Freitag beginnen soll. „Daily Telegraph“ meldet aus Johannesburg: In den dortigen Regierungskreisen erregt die Ausbreitung des Minenarbeiteraufstandes große Besorgnis. Mittwoch morgen sind von der Regierung wieder 500 Mann Soldaten in das Streikgebiet entsandt worden.

## 11. Generalversammlung der Glasarbeiter.

Leipzig, den 30. Juni 1913. Die Generalversammlung tagt ebenfalls wie die der Lötter und der Porzellaner im Volkshaus. Sie ist von 94 Delegierten, 5 Vorstandsmitgliedern, 4 Gauvertretern, dem Ausschussvorsitzenden und dem Sekretär des Verbandes Dr. Gumbert anwesend. Die Generalkommission vertritt bei allen drei Tagungen U. M. Breit, Berlin. Die vorgesehene Tagesordnung wurde bestätigt. Sie weist nur vier Punkte auf: 1. Die Verschmelzungsfrage; 2. Geschäftsbericht; 3. Tarifverträge und Arbeitsnachweise in der Glasindustrie; 4. Der nächste internationale Glasarbeiterkongress. Das Referat zur Verschmelzungsfrage hielt Grunzel, Berlin. Er hob im ersten Teile seines Vortrages nochmals all die Vorteile, die eine Verschmelzung für den einzelnen Verband bringt, hervor. Es müsse vor allem berücksichtigt werden, daß man sich verschmelzen wolle, um Lämpfe zu vermeiden. Alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß in den nächsten Jahren größere Kämpfe zu erwarten seien; da helfe es, sich zu rüsten und zu wappnen. Bei einer Vereinigung könnte man die Kämpfe ganz anders führen, als wenn der Verband allein dastünde. Für die Agitation werde die Verschmelzung außerordentlich günstig sein. Die Bezirke würden kleiner, die Agitationsmöglichkeit viel größer.

Der Redner kam dann zur Besprechung des Statutenentwurfs. Den Vätern des Entwurfs sei es nicht leicht geworden, diesen fertig zu stellen. Ganz ungeheuerliche Schwierigkeiten hätten sich bei der Beratung gezeigt. Die Kommission habe mit den verschiedenen Einrichtungen in den drei Verbänden rechnen müssen. Alle Verbände hätten das Bestreben gehabt, das zu halten, was sie bisher haben. Bei Erörterung der Vorlage in den Mitgliederversammlungen habe man an dieser kein gutes Haar gelassen. Die Kollegen hätten dabei die Schwierigkeiten gar nicht gesehen. Am meisten sei gegen die Verfassung, die zu überwinden worden, da müßte aber gesagt werden, was die Lötter bezogen können, das muß auch den Glasarbeitern möglich sein. Dann sei der Vorwurf gemacht, der Entwurf biete den Mitgliedern zu wenig. Der Referent weist ziffermäßig nach, daß im vorgelegten Statut den Mitgliedern mehr an Unterstellungen gewährt wird, wie im Glasarbeiterverband. Ein weiterer Einwand der Mitglieder sei, man verleihe die Demokratie, wenn den Vorständen das Recht gegeben werde, eventuell einen Streik abzubringen, wie es der Entwurf vorsehe. Die betreffende Bestimmung sei jedoch keine Verletzung der Demokratie. Die Mitglieder sollten wohl bestimmen, aber das Recht könne nicht so weit gehen, daß vielleicht 50 bis 100 Mann über das Schicksal von 10.000 bestimmen. Das sei das Gegenteil von Demokratie. Lediglich von dem Grundgedanken aus, daß eine Weiterführung eines Kampfes für die Gesamtarbeiterorganisation schädlich ist, soll der Streik eventuell von seinem Rechte Gebrauch machen und den Streik eventuell aufheben können. Das sei keine Diktatur, sondern die Wahrung der Gesamtorganisation. Die Begünstigung der Institution des Ausschusses habe viel Staub aufgewirbelt. Redner ist der Ansicht, daß daran die Verschmelzung nicht scheitern wird. In der Kommission sei in dieser Frage keine Einigung erzielt worden. Die Lötter hätten bisher keinen Ausschuss, die Porzellanarbeiter nur eine Beschwerdekommision. Die größte Zahl der vorliegenden Anträge könnte nicht abgelehrt werden. Es werde nicht möglich sein, an dem, was die Kommission vorgeschlagen, eine große Umwälzung vorzunehmen. Schaffe man das Werk nach dem Vorschlage der Kommission, dann habe man für die Mitglieder etwas Großes und Gutes geschaffen. (Bevo!) Die Debatte gestaltete sich sehr lebhaft. Fast alle Redner wandten sich gegen das Statut in der vorgeschlagenen Form. In der Hauptsache sind es folgende drei Punkte, die von den Delegierten bekämpft wurden: die erhöhten Beiträge (die Erhöhung beträgt in der höchsten Klasse 40 Pfg.), die hohe Krankenunterstützung und die Nichteinziehung eines Ausschusses. Ein Berliner Delegierter meinte, die Verschmelzung sei keine Erstlingsfrage für den Verband. Die Mitgliedschaft Berlin vertritt die Erstenfrage für den Verband. Die Mitgliedschaft Berlin erhöhe die Beiträge sehr spärlich gegenüber. Die Beitragssteigerung sei zu hoch. Verbandsvorsitzender Grunzel, Berlin betonte, bei der Krankenunterstützung hätte man den Porzellanern Konzessionen machen müssen. Auch die Glasarbeiter hätten den festgesetzten Beitrag bezahlen. — Der Vertreter der Generalkommission, Genosse U. M. Breit, trat ebenfalls für die Verschmelzung ein. Er hofft, daß ein Weg gefunden wird, der zum Ziele führt. Die Debatte wurde dann vertagt.

## Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags nur v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Anfragen sind nur annehmbar, wenn sie auf einmal abgelesen werden können, wenn nichts anderes ausgemacht ist. Versuchen Sie auch fernschreiben, Zellabzüge zu erreichen. E. Alsenstraße. Die Klage ist aussichtslos, da wohl kaum zu beweisen ist, daß die Arbeit der Schneiderin nicht gelautet hat. Außerdem ist eine solche Klage auch so unverständlich, daß wir davon abraten. Rogau. Sie können nicht gerichtlich vorgehen; das wäre nur möglich, wenn man Sie beschuldigt hätte, das Rad gestohlen zu haben. Ströbel. Vom Trinkgeld des Lehrlings darf der Meister nichts abziehen, aber diese Strafe hat der Lehrling nach dem Gesetz zu bezahlen. Freilich, ein ausländischer Meister würde sich keinen Augenblick bestimmen und die paar Mark Strafe für den Lehrling ohne weiteres hingeben.

## Aus der Geschäftswelt.

Ein wohlwollendes Morgen, Mittag- und Abendgetränk statt Kaffee und Tee ist eine Abkocung von „Kaffe“ in Milch (1 Tasse Milch, 1 Tasse „Kaffe“ auf 1 Tasse Milch, 5 Minuten gekocht). Es wird von Kindern und Erwachsenen gern genommen und ist in vielen Familien ständig im Gebrauche, besonders zur Kräftigung von schwachen Personen, Herodesen und Nervenschwachen. Auch Sie sollten einen Versuch mit „Kaffe“ machen, wenn Sie sich müde und abgepaart fühlen: Sie werden sich dann am eigenen Röhren von der stärkenden Wirkung dieser Kost überzeugen. — Suppen, mit „Kaffe“ zubereitet, sind ebenfalls sehr beliebt, sie sind schmackhaft, nahrhaft und appetitlich; die erforderlichen Rezepte erhalten Sie in Apotheken und Drogeriegeschäften gratis.

Und die in ihnen enthaltenen schweren Vorwürfe ist keine Ausnahme erhoben worden; sie richtete sich nur gegen drei Zeilen formelle Beleidigung, die man aus dem langen Flugblatt herausgegriffen hat.

Von dem harten Urteil des Schwurgerichts waren alle tief ergriffen; Weichelt zögerte sich gefaßt, Hoffmann aber brach zusammen. Vor dem Gerichtsgebäude, das in der Nähe des Wohnhofs liegt, hatten sich Hunderte von Menschen angesammelt. Genosse Oesterroth wurde von der Menge freundlich begrüßt; in allen Gesichtern gegen die Genossen Hoffmann und Weichelt aus. Unter den Zuhörern im Schwurgerichtssaal war auch die 72 Jahre alte Mutter des Genossen Hoffmann, der ihr einziger Ernährer war. Die verurteilten Genossen Hoffmann und Weichelt sind noch nicht bestraft, was auch der Staatsanwalt ausdrücklich betonte. Er mußte auch hervorheben, daß die Gründe zu ihrem Verhalten eble gewesen sind.

Im Kreise Waldburg herrscht eine große Erregung über das Urteil, das niemand verstehen kann.

## Gewerkschaftsbewegung.

Stadt und Provinz.

### Zum Streit der Gestellbauer in den Linke-Hofmann-Werken.

Zu einer mächtigen Kundgebung gestalteten sich zwei Versammlungen, welche am 1. Juli im „Krouprinz“ und im „Schweigerhof“ für die Belegschaft der Linke-Hofmann-Werke stattfanden. Gänge und Galerien waren trotz des stürmenden Regens überfüllt und viele Hunderte fanden keinen Einlaß. Die beiden Bevollmächtigten des Metallarbeiterverbandes schilderten den ganzen Gang der Bewegung, welche Mühen verwandt wurden, um die Streitfrage in gütlicher Weise aus der Welt zu schaffen.

Die Verdienste waren vor Ausbruch des Streiks um 10 bis 15 Mark pro Woche zurückgegangen, doch alles höfliche Ersuchen an die Direktion, den alten Zustand wieder herbeizuführen, scheiterte an der starren, ablehnenden Haltung des Direktors. Es blieb den Kollegen nichts anderes übrig, als zum Streik zu greifen. Während des Streiks fanden bereits wieder Verhandlungen statt, doch verlangt die Direktion bedingungslos die Wiederaufnahme der Arbeit. Die übrige Belegschaft wird einsehen, daß das unmöglich ist, und die Streitenden rechnen daher auf die volle Sympathie der noch Arbeitenden. Den Erfolg des Streiks zuhanden zu machen, bedient sich die Direktion eines unehelichen Mittels. Sie ist an die Gründung eines gelben Werkvereins herangetreten, welcher als Werkzeug benützt wird, die Streitenden, sowie ihre Organisation mit Schmutz zu bewerfen. In einem Flugblatt in echten Reichsverbandstil, werden die Tatsachen des Streiks vollständig entstellt und die Belegschaft zum Eintritt aufgefordert. Die Versammlungen nahmen die Ausführungen der Redner mit großer Begeisterung auf. In der Diskussion sprachen im selben Sinne noch die Vertreter der Dirsch-Dunderischen Gewerksvereine und einige Arbeiter. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heut tagenden Versammlungen der Belegschaft der Linke-Hofmann-Werke spricht der entgegenkommeneren Verzicht über den Streik der Gestellbauer den Streitenden die volle Sympathie aus. Sie erkennen die Maßnahmen, welche die Streitenden getroffen haben, als berechtigt an, weil durch den starren Sinn und die ablehnende Haltung der Direktion den Kollegen nur noch dieser Weg offen blieb. Die Versammelten geloben, an ihren Organisationen festzuhalten, weil nur dadurch die Interessen der Belegschaft vertreten werden können. Die Arbeiterschaft steht in den gelben Gehilfen nur Werkzeug der Unternehmer, die nur geschaffen sind, ein jedes Vorwärtstreben der Arbeiter zu unterdrücken.

### Deutsches Reich und Ausland.

Unternehmer über die Hingegardisten. Vor kurzem hatte in der Hessischen Aktienbrauerei zu Cassel das gesamte Personal, 76 Mann, die Arbeit niedergelegt, um den Uebergriffen eines Braumeisters wirksam entgegenzutreten. Die Arbeitseinstellung führte zum vollen Erfolg der Arbeiter.

Die Brauerei hatte sich als „Kausreißer“ von Hamburg 40—50 Hingegardisten kommen lassen, sie hat aber mit ihnen außerordentlich trübe Erfahrungen gemacht. Die Leitung der Brauerei machte bei den Verhandlungen mit den Streitenden daraus auch gar keinen Dehl. Der Braumeister meinte: Um 8½ Uhr morgens kann ich nicht mehr garantieren, daß sie noch nüchtern sind! Der Direktor des Unternehmens gab die charakteristische Erklärung ab:

„Wo diese Leute gehaut haben, könne man keinem anderen Arbeiter zumuten, hinzugehen, ohne daß vorher gereinigt sei.“

Diesem Urteil aus Unternehmers Mund über die Hingegardisten ist nichts hinzuzufügen.

Streikbruch — eine nationale Sache. Unser Karlsruher Parteiblatt hatte dem Bunde der Deutschen in Böhmen vorgeworfen, daß er durch seine Streikvermittlung deutschen Arbeitern in den Rücken falle. In der Gerichtsverhandlung, die infolge der Klage des Bundes der Deutschen in Böhmen stattfand, trat unser Parteiblatt den Wahrheitsbeweis an. Der Vertreter des Bundes wandte sich gegen die Zulassung des Wahrheitsbeweises, indem er erklärte, es sei wohl richtig, daß der Bund bei Streiks deutsche nationale Arbeiter für die Unternehmer besorge, jedoch falle er damit nicht deutschen Arbeitern in den Rücken, denn — Sozialdemokraten seien keine Deutsche!

Nur merkwürdig, daß man diese „Ausländer“ als Steuerzahler und Kanonensulter gebrauchen kann.

Bürgerkrieg in Dresden. Seit dem 1. Juli streifen sämtliche bei den Innungsämtern beschäftigten Pöbelschergen wegen Nichtanerkennung ihres eingereichten Tarifes. Zwei Jahrgänge, die der Innung mit angehören, haben sich von dieser getrennt und mit der zuständigen Organisation einen Tarif abgeschlossen. Die Innung sucht nun durch ihren Arbeitsnachweis in verschiedenen Provinzhäusern Pöbelschergen nach Dresden zu locken. Um diesen Eid zu durchbrechen, werden die Kollegen erjudet, Dresden strengstens zu meiden. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Schiffszimmererstreik in Rastenburg. Die Schiffszimmerer der Werften Gebr. Weiß und Gebr. Dröschler legten am 1. Juli die Arbeit nieder, weil ihnen ihre Forderung: Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pfg. für dieses Jahr und weitere 2 Pfg. für nächstes Jahr abgelehnt wurde. Bisher wurden 4½ Pfg. gezahlt. Die Streikenden, welche sämtlich dem Zentralverbande der Schiffszimmerer angehören, ersuchen um strikte Fernhaltung des Zuguges.

Proben der Bergarbeiterstreik in Frankreich. Aus St. Etienne wird gemeldet, der Ausschuss des Bergarbeiterverbandes beschloß, den vor drei Jahren mit der Bergwerksgesellschaft abgeschlossenen Arbeitsvertrag zu kündigen und die einzelnen Syndikate wegen der Maßnahmen zu befragen, die für den Fall eines für den 7. Juli geplanten Ausfalls der Bergarbeiter eingeleitet werden sollen.

Ueber die Herstellung des Saftes des Flugblattes speziell über dessen geheime Herstellung wird eine weitere Zahl von Zeugen vernommen, von denen der Zeuge Reichelt es für auffällig gefunden haben will, daß man bei Herstellung des Flugblattes die regelmäßigen Seher übergegangen hätte.

Sodann wird der erst im Laufe des Nachmittags telegraphisch herbeiforderbare Knappschaffmeister Adolf Reichelt aus Altrasser vernommen. Seine Vernehmung erstreckt sich zunächst darauf, ob der Zeuge Tischler Schindler die Meinung besitzt, die Worte, die andere zu ihm gesagt haben, zu verdrehen. Zeuge erwidert, daß er das nicht glaube. Auch darüber, daß er, der Zeuge, sich einmal abfällig über Schindler gegenüber dem Zeugen Köhler ausgesprochen haben soll, kann sich Zeuge nicht mehr bestimmen, namentlich nicht an den Vorfall, der sich im „Grünen Baum“ ereignet haben soll. Zeuge soll dann als Köhler gelagt haben: Schindler, ach, der verdreht einem das Wort im Munde. Zeuge kann sich daran absolut nicht erinnern.

Es folgt die Vernehmung des Sachverständigen Oberleutnant Groß aus Schweidnitz. Der Sachverständige ist der Meinung, daß ein Manuskript in jedem Falle vor dem Saft erst gelesen werden muß, namentlich aber erst recht, wie hier der Fall gelegen hat. Der Sachverständige ist weiter der Meinung, daß der Seher sich mit dem Inhalt des Manuskripts, soweit er es zum Sehen erhält, vertraut machen muß.

Es folgt noch die Vernehmung eines weiteren großen Teiles des früheren und jetzigen Seherpersonals der „Bergwacht“. Vor allem will der Staatsanwalt wissen, ob sie durch die „Geheimverleiher“ beim Sehen des Flugblattes sich verletzt und übergegangen fühlten. Es ist aber hierbei nichts Wesentliches zu erfahren.

Nach diesem Urteil des Sachverständigen beantragen die Verteidiger sofort Ladung eines zweiten Sachverständigen.

Das Gericht lehnt diesen Antrag ab. Damit werden die Verhandlungen um 1½ Uhr abends abgebrochen und auf Mittwoch mittags 2 Uhr vertagt.

## Ueber den dritten Verhandlungstag

wird uns telephonisch gemeldet: Am dritten Tage wurde zuerst Fräulein Köhler aus dem Arbeiter-Sekretariat als Zeugin vernommen. Sie erklärte, das Manuskript des Flugblattes auf der Schreibmaschine geschrieben und durchgeschlagen zu haben. Damit wurde ein neuer Widerspruch zu den Ausführungen des Zeugen Köhler festgestellt.

Der Staatsanwalt, der dann das Wort ergriß, versuchte in 1½ stündiger Rede den Nachweis von der vollen Schuld der Angeklagten zu führen; sie hätten sich des wissentlichen Meineids schuldig gemacht.

Rechtsanwalt Ramroth aus Breslau, der eine zweifelhafte Verteidigungsrede hielt, betonte zuerst, dieser Prozeß hat keinen politischen Hintergrund, und es ist auch während der drei Verhandlungstage Wert darauf gelegt worden, die Politik aus dem Spiele zu lassen. Und trotzdem hat der Prozeß einen politischen Hintergrund und zwar einen ganz absonderlichen. Die drei Angeklagten wären nur deshalb auf die Anklagebank gekommen, weil sie ein von

### Saß, Groll und Äbten Mäuten erfüllter Reusich

von dem Eheprekator des Waldenburger Tagesblattes dazu überreden ließ, den Strafantrag aus unedlen Gründen zu stellen. Wer den Prozeß verfolgte, der mußte zu der Ueberzeugung kommen, nicht Oesterroth, Hoffmann und Weichelt seien die Angeklagten, sondern der Zeuge Köhler. Er war nicht verpflichtet, den Meineidsprozeß einzuleiten. Köhler sei von seiner Organisation unterstützt worden, litt keine Not; trotzdem ging er ins gegnerische Lager und machte eine Anzeige, die zur Verhaftung der Angeklagten führte. Oesterroth ist von der Seite seiner Ehefrau losgerissen worden, die erst kurz vorher entbunden hatte.

Es habe sich herausgestellt, daß die Anklage auf der unrichtigen Aussage des Köhler aufgebaut worden ist, Oesterroth habe das Manuskript in die Seherlei gebracht. Köhler mußte unter dem Druck dann zugeben, daß diese Behauptung nicht zutrifft. Zu bebauern ist, daß Sekretär Hippold einem Manne, wie Köhler, soviel Glauben schenken konnte. Wenn man die drei Männer auf der Anklagebank sieht und sie mit Köhler vergleicht, dann müsse man sagen: Gut ab vor diesen Kälbern.

Der Verteidiger geht dann in glänzender Rede auf die Einwände des Staatsanwalts ein. Die Angeklagten hätten nicht wissenschaftlich falsch gesprochen, auch nicht fahrlässig, und müßten freigesprochen werden. Sollten jedoch die Geschworenen anderer Meinung sein, dann käme nur fahrlässiger Falschheit in Frage.

Rechtsanwalt Cohn als zweiter Verteidiger beschäufte sich in halbstündiger Rede vor allem mit den Zeugen Köhler und Hippold. Es sei gewissen Leuten nur darauf angekommen, Oesterroth, das Haupt der Waldenburger Bewegung, toigmachen; aus Saß sei der Strafantrag gestellt worden.

Der Angeklagte Genosse Oesterroth hielt zuletzt noch eine Verteidigungsrede von 20 Minuten. Der Vorgesagte wollte ihn nicht sprechen lassen; er solle sich kurz fassen und nicht wiederholen. Oesterroth wies darauf hin, daß es sich für ihn als Vater von sechs Kindern um die Frage handle, wegen Meineids ins Zuchthaus zu gehen; da lässe und dürfe er nicht schweigen. Er frage, welche Gründe sollten es gewesen sein, ihn zu veranlassen, einen Meineid zu leisten. Es sei ihm bewusst gewesen, daß die Segner sofort Strafantrag stellen würden. Was ich gesagt habe, so führte Genosse Oesterroth weiter aus, entspricht in allen Punkten der Wahrheit. Meine zehn Vorstrafen wegen Freiberger können mich nicht belasten. Ich bin stolz auf sie, denn es sind

### Rechen und Wunden.

die ich im Kampfe erlitten habe. Wer zuhause hinter dem Ofen sitzt, kann keinen Schaden nehmen; wer aber draußen im feindlichen Angelderen steht, kann nicht mit heiler Haut davonkommen. Ich will kein Mitleid. Ich bin nicht dafür, daß wir, wie es der Staatsanwalt haben will, die Strafe auf die Hälfte ermäßigt wird, weil ich ungelächlich falsch gesprochen habe, zu mich vor Strafe zu schützen. Ich will Gerechtigkeit.

Die Rede des Genossen Oesterroth war tiefen Eindruck; im Zuchthaus sah man mehrere Männer und Frauen weinen.

Die Rechtsabteilung des Vorstehenden an die Geschworenen erregte allgemeine Aufsehen, weil sie schärfer war, als die Rede des Staatsanwalts.

Die Geschworenen bejahen die auf wissenschaftlichen Meinungen beruhende Schuldfrage bei den Angeklagten Hoffmann und Weichelt und verurteilten sie bei Oesterroth. Das Urteil ist an der Spitze des Artikels angegeben. Wenn Verurteilung werden je 3 Monate auf die Unterbringungshaft an

Der Antrag des Verteidigers Ramroth, Hoffmann und Weichelt aus der Haft zu entlassen, wurde abgelehnt. Der Gericht lehnte auch den Antrag der Verteidiger ab, die Angeklagten in den Vorstrafen des Zeugen Köhler zu berücksichtigen. Gegen das Urteil wird Revision eingelegt werden.

Breslauer Blätter, darunter auch die Breslauer Morgenzeitung, haben behauptet, der Inhalt des Flugblattes sei gänzlich falsch. Nichts davon ist richtig. Gegen die Tatsachen, die im Flugblatt angegeben